

23. März

2/2023

www.landtag-mv.de



+++ Schulessen für jedes Kind +++ Frischer Wind für Genehmigung von Windrädern +++ Krankenhausreform weiter vorantreiben +++ Dringlichkeitssitzung des Landtages +++ Bahnstrecken erhalten und modernisieren +++ #mitmischenMV – „Ich misch mit und du so?“ +++ Welterbebewerbung eingereicht +++



3 - 38	AUS DEM PLENUM	
3	Zusatz-Tagesordnungspunkt	Schulessen für jedes Kind
5 - 15	Auszüge aus der Originaldebatte	Franz-Robert Liskow (CDU), Patrick Dahlemann (SPD), Minister Dr. Till Backhaus, Enrico Schult (AfD), Daniel Seiffert (DIE LINKE), Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP)
16 - 28	Berichte	Frischer Wind für Genehmigung von Windrädern Reform der Krankenhäuser vorantreiben Energiewende in MV Anerkennung für diejenigen, die uns schützen Moratorium abgelehnt Keine gesonderte Förderung für Erforschung von Impffolgen Keine Entlastung von der Belastung
29 - 32	Meldungen	Suche nach atomarem Endlager Klimaprotest ja – Extremismus nein Werbung für Balkon-Kraftwerke Bahnstrecken erhalten und modernisieren Universität Rostock soll Juristen ausbilden Keine Änderung der Schullaufbahnpflicht Vereinbarkeit von Energiewende und Denkmalschutz
32 - 36	Befragung der Landesregierung	Beratung vertagter Tagesordnungspunkte
37 - 38	Dringlichkeitssitzung	
39 - 40	Gesetzgebung	
41 - 43	Ausschüsse	Abgeordnete informieren sich über Krebsforschung Sondersitzung des Finanz- und Rechtsausschusses #mitmischenMV – „Ich misch mit und du so?“
44 - 47	Panorama	Die letzte Grausamkeit ist das Vergessen
48	Chronik	Welterbewerbung eingereicht

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss: 3. 3. 2023

Schulessen in MV

Zwei Anträge zur Kita- und Schulverpflegung

■ Der Zusatztagsordnungspunkt am letzten Tag der Januar-Sitzungswoche beschäftigte sich mit den hohen Kosten für das Schulessen. Ein Antrag der CDU und einer der Regierungsfraktionen zielten auf eine Entlastung für alle Familien, unabhängig von der Einkommenssituation. Die CDU wollte einen Zuschuss von einem Euro je Schüler und Tag im Jahr 2023, finanziert aus dem Härtefallfonds des Landes.

Die Koalition warb für die Beibehaltung der derzeit geltenden Mehrwertsteuer für Schul- und Kitaessen von sieben Prozent. Zu ihrer Verstärkung sollte die Landesregierung eine Bundesratsinitiative einbringen. Ferner solle der Fokus auf eine gesunde Ernährung gelenkt werden. Die Fraktionen waren sich über die Wichtigkeit des Themas einig. Beide Antragsteller konnten sich dennoch nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen durchringen.

Franz-Robert Liskow (CDU) erklärte in der Antragseinbringung, dass durch die stark erhöhten Preise Kinder vom Schulessen abgemeldet würden. Denn Familien litten am meisten unter der Inflation, obwohl sie daran keine Schuld trügen. Je weniger Kinder beim Schulessen, desto mehr Caterer würden bankrottgehen. „Politische Fehlentwicklungen“ sollten nicht auf dem Teller der Kinder sichtbar werden.

In der Antragsbegründung für die Koalition kritisierte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) den von der CDU geplanten Zuschuss von einem Euro als nicht ausreichend. Eine Entlastung finanzschwacher Eltern durch das Bundesteilhabegesetz sei bereits Praxis. Die von der Koalition geforderte „folgerichtige“ Weiterführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes entlaste alle, einschließlich der Betriebe.



Aufgrund der gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise sind auch die Kosten für ein Schulessen in den letzten Monaten gestiegen.

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) hielt den Antrag der Koalition für weitreichender und dauerhafter. „Was soll diese einmalige 1-Euro-Zahlung?“, fragte er die CDU. Auch der Minister betonte den Aspekt einer gesunden Ernährung. Könnten die jährlichen Gesundheitskosten von 440 Milliarden Euro um zehn Prozent gesenkt werden, stünde dieses Geld dafür zur Verfügung.

Die AfD werde als „Familienpartei“ beiden Anträgen zustimmen, bestätigte **Enrico Schult** (AfD). Wenngleich das schon früher hätte kommen können. Ebenso würden die Ursachen ausgeblendet, die in der Sanktionspolitik lägen. Auch sei der Ansatz falsch. Die beiden Anträge würden die Inflation nicht stoppen. Richtig wäre eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel auf null Prozent.

Die Schulspeisung müsse auch in Zukunft bezahlbar bleiben, unterstrich **Daniel Seiffert** (DIE LINKE). Durch das Auslaufen der reduzierten Mehrwertsteuer zum Jahresende gebiete sich eine gewisse Dringlichkeit. Das von der CDU angeführte Hamburger Beispiel greife hier nicht: „Hamburg ist gleichzeitig auch Kommune. Wir als Land sind es eben nicht und die Schulträger sind nun mal die Kommunen.“

Obwohl beide Vorschläge nicht die Lösung seien, stellte **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fest, stimme ihre Fraktion dem Koalitionsantrag zu. Was es tatsächlich brauche, seien höhe-

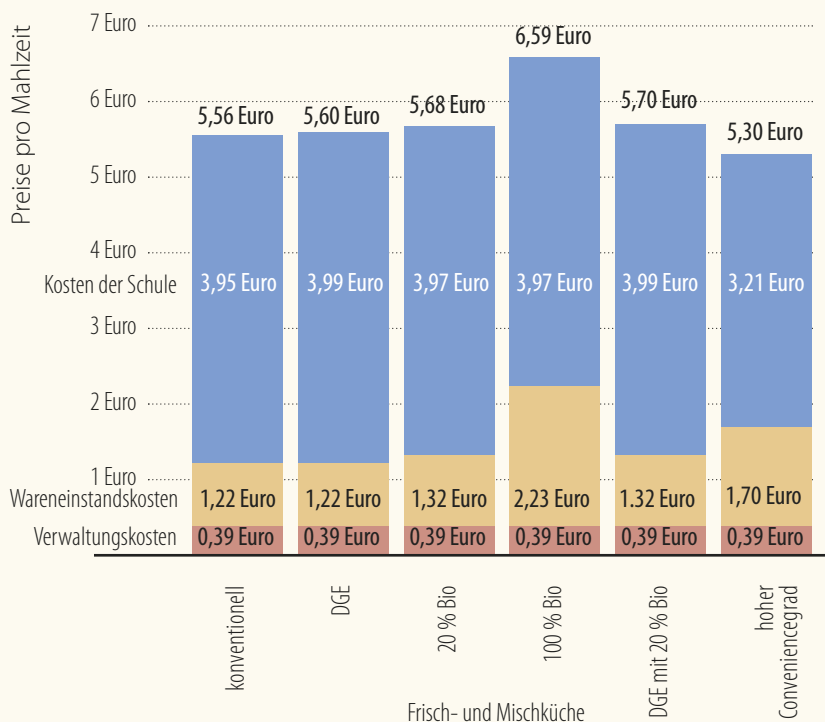
re Teilnehmerzahlen in der Schulspeisung durch „eine langfristige finanzielle Beteiligung des Landes am Essenspreis und ein Investitionsprogramm für moderne Mensen und Frischeküchen.“

René Domke (FDP) war nicht von der „genügenden Fachkenntnis“ im Parlament überzeugt und befürwortete darum eine Sachverständigen-Anhörung. Er verstand nicht, warum beide Antragsteller nicht zusammengekommen seien. Das eine sei eine Sofortmaßnahme, die jetzt greifen solle und umsetzbar sei. Und das andere sei eine „perspektivische Umsetzung.“ Darum werde die FDP beidem zuzustimmen.

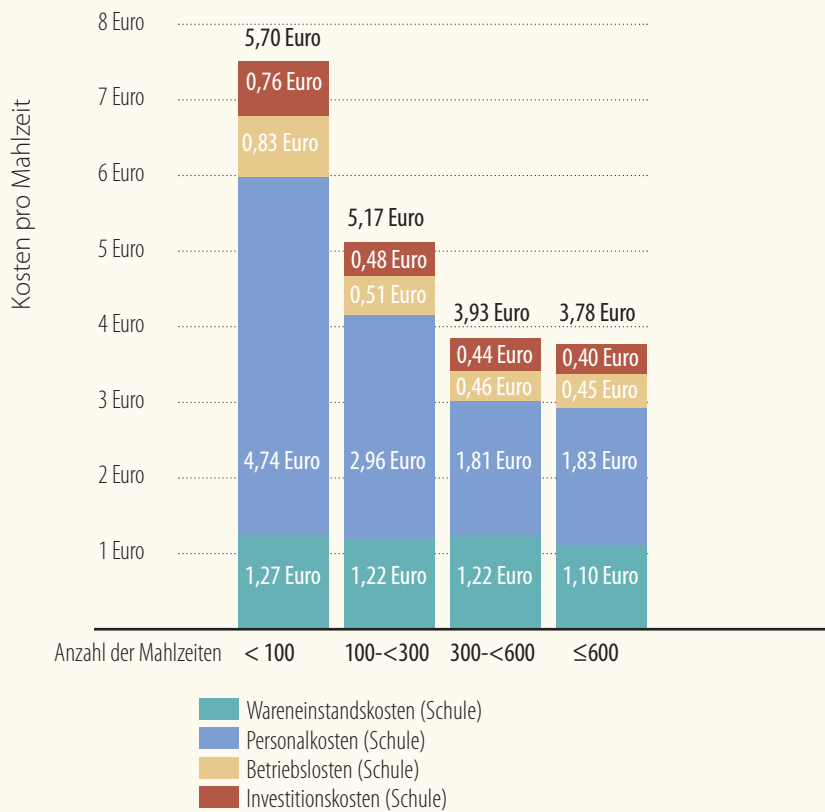
Während die CDU, so **Torsten Renz** (CDU), eine Absenkung von sechs auf fünf Euro vorschläge, sei die Lösung der Koalition, die bestehende Mehrwertsteuerabsenkung zu erhalten. „Sie akzeptieren eine Fortschreibung dieses Zustandes, der nicht akzeptabel ist, und das nenne ich soziale Kälte.“ Er beantragte die namentliche Abstimmung und Überweisung des CDU-Antrages und die ziffernweise Abstimmung des Koalitionsantrages.

Patrick Dahlemann (SPD) verwehrt sich gegen den Vorwurf der „sozialen Kälte“. So sei die beitragsfreie Kita „die größte familienpolitische Entlastungsmaßnahme in der Geschichte des Landes“ gewesen. Die Koalition habe den Nachtragshaushalt, Energiefonds und Härtefallfonds gegen den Widerstand der CDU umgesetzt. „Wir brauchen keine

Zusammensetzung der kalkulatorischen Preise einer Mahlzeit
bei Eigenbewirtschaftung und Mischküche in Abhängigkeit von Leistungsanforderungen (Primarstufe, 200 Mahlzeiten pro Tag)



Selbstkosten (Schule) pro Mahlzeit in der Mischküche, Primarstufe



Quelle: Studie zu Kosten- und Preisstrukturen in der Schulverpflegung, Deutsche Gesellschaft für Ernährung

Ratschläge der Fraktion, die sich gegen all diese Hilfsmaßnahmen gestellt hat.“

a) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU Kostensteigerungen bei Schulessen mindern

Drucksache 8/1793, Gemäß § 91 Abs. 1 GO LT wurde zu dem Antrag der Fraktion der CDU eine namentliche Abstimmung durchgeführt.

Ergebnis der Abstimmung

Abgegebene Stimmen: 74
Jastimmen: 27 | Neinstimmen: 42 | Enthaltung: 5

Beschluss: Ablehnung des Antrages in Verbindung mit:

b) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und DIE LINKE Familien entlasten – Kita- und Schulverpflegung dauerhaft steuerlich begünstigen – Verpflegungsqualität weiterentwickeln

Drucksache 8/1797

Beschluss: Annahme des Antrages
Ablehnung der Überweisung

Wie kommt ein Dringlichkeits-Top auf die Tagesordnung?

Laut Geschäftsordnung des Landtages MV müssen Dringlichkeitstagesordnungspunkte am vierten Arbeitstag vor Beginn der Sitzung bis 12:00 Uhr eingereicht und im Ältestenrat besprochen worden sein.

Anträge, die aufgrund ihrer Dringlichkeit in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen, können von der Präsidentin vorgeschlagen werden oder auf Antrag einer Fraktion oder mindestens vier Mitgliedern des Landtages im Verlauf der Sitzung zur Tagesordnung hinzugefügt werden, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Landtages zustimmt. Diese Dringlichkeitsanträge werden im Rahmen der Landtagssitzung in vorläufiger Fassung in Papierform verteilt.

Wofür der Ältestenrat noch zuständig ist, erfahren Sie im Video.



■ Franz-Robert Liskow, CDU:

„Es braucht jetzt den politischen Willen, es braucht die finanziellen Mittel.“

Foto: Uwe Sinnecker / Archiv



[...] Seit einigen Monaten, besonders aber mit Beginn des Jahres 2023, sind die Preise für Schulesen teilweise stark gestiegen – in einzelnen Fällen sogar bis zu 40 Prozent –, mit dem Ergebnis, dass Eltern ihre Kinder abmelden, ohne dass in jedem Fall ein gleichwertiger Ersatz für das Schulesen gewährleistet ist. Es ist daher zwingend notwendig, vorübergehend die Kostenentwicklung bei Schulesen abzumildern, bis die derzeit sehr hohe Inflationsrate auf ein verträgliches Maß zurückgegangen ist und Einkommen und Preise sich wieder in normaler Relation zueinander eingependelt haben. [...]

Infolgedessen schlagen wir vor, je Schüler und Tag die abgerechneten Schulesen rückwirkend vom 01.01. bis 31.12. mit je 1 Euro zu bezuschussen. Wir erhoffen uns davon einen Effekt, und zwar, dass es im Ergebnis möglichst für viele Eltern wieder möglich ist, das Schulesen zu bezahlen, dass die Preise wieder verkraftbar sind. Um mit dieser befristeten Preisänderung beim Schulesen den Verwaltungseffekt und den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten, wollen wir, und auch aus grundsätzlichen Erwägungen, auf eine arbeitsaufwendige Differenzierung verzichten. Kurz: Das Einkommen der Eltern soll keine Rolle spielen, alle sollen entlastet werden. Und wir wollen aus dem gleichen Grund auch, unabhängig davon, die Kosten des Schulesens, die werden ja unterschiedlich abgerechnet, und dementsprechend sollen sowohl Träger der Schulverpflegung oder eben auch der jeweilige Caterer antragsberechtigt sein.

Und bevor jetzt die Landesregierung auf die Idee kommt, rechtliche Bedenken anzumelden, der von uns vorgeschlagene Weg ist durchaus praktikabel. Die Hamburger Schulbehörde beispielsweise tut letztlich genau das, was die CDU-Fraktion hier vorschlägt, wenn auch in etwas anderer Form.

Und was in Hamburg möglich ist, das muss aus unserer Sicht auch in Hagenow, Heringsdorf oder Hohenzieritz möglich sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)

Es braucht jetzt den politischen Willen, es braucht die finanziellen Mittel. Und diese stehen aus meiner Sicht auch grundsätzlich zur Verfügung. Mit dem Geld aus dem Härtefallfonds können wir die Schulesen stützen. Es scheint mir allemal sinnvoller, dies zu tun, als eine interministerielle Arbeitsgruppe damit zu betrauen, sich darüber Gedanken zu machen, was mit dem Geld geschehen soll. Es fehlt also nur noch am Willen. Die Tafeln und die Ehrenamtsstiftung haben bereits Geld aus dem Härtefallfonds erhalten. Ich sehe keinen sachlichen Grund, warum Eltern und Kinder leer ausgehen sollen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)

[...] Es geht darum, dass die Kinder am Ende nicht diejenigen sind, die da auf dem Teller das Ergebnis einer politischen Fehlentwicklung sehen.

Denn darüber hinaus führt unser vorliegender Antrag aus, es kann hier auch dazu führen, dass die Caterer vor einer Insolvenz stehen. [...] Und ich denke, wir halten als CDU sehr, sehr viel von Wettbewerb und Marktwirtschaft, aber eine solche Insolvenz wäre keine Marktberichtigung, sie wäre das Ergebnis einer politischen Fehlsteuerung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

[...] Der Antrag der Koalition [...] verdient aus meiner Sicht das Prädikat „maximal mutlos“. [...] um das aktuelle, dringende Problem zu lösen, hilft der Antrag nicht weiter. Uns als Fraktion geht es darum, die Eltern von der Inflation zu entlasten und nicht die Kinder zu Leidtragenden zu machen. Deswegen lautet mein Appell am Ende: Das Beste für die Familien hier im Land wäre es, Sie stimmen heute unserem Antrag zu. [...]

Patrick Dahlemann, SPD:

„Die Frage Schulessen und Kitaessen ist nicht loslösbar von der Frage gesundes Essen.“

Fotos: Uwe Sinnecker/Archiv



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn Herr Renz für die CDU-Fraktion über soziale Kälte in diesem Land spricht, dann muss man doch vielleicht an der einen oder anderen Stelle mal wieder in Erinnerung rufen, wie Sie sich eigentlich in den vergangenen Jahren in diesem Land verhalten haben.

(Stephan J. Reuken, AfD: Oha!)

Und ich will an dieser Stelle, wenn wir über die Entlastung von Familien bei dem sensiblen Thema Schulessen reden, sehr wohl in Erinnerung rufen [...], was die größte Entlastungsmaßnahme ist, und das ist die Kitabeitragsfreiheit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] Es ist diese Landesregierung, es sind die Fraktionen von SPD und LINKE,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

die den beitragsfreien Ferienhort als eine der ersten familienpolitischen Maßnahmen in diesem Parlament [...] auf den Weg gebracht haben. Das entlastet Eltern in diesem Land spürbar.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Torsten Koplín, DIE LINKE: Dauerhaft! Dauerhaft!)

[...] Wir reden über [...] das Bildungs- und Teilhabepaket. [...] Die Eltern, die einkommensschwach sind in unserem Land, haben längst eine finanzielle Unterstützung bei dem sensiblen Thema Kitaessen. Und es war keine andere gegen den massiven Widerstand der Union –

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: So ist es.)

im Übrigen gegen den massiven Widerstand der damaligen Verhandlungsführerin auf der anderen Seite, die hieß nämlich Ursula von der Leyen – Unsere Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat das Bildungs- und Teilhabepaket erkämpft. Und deswegen brauchen Sie uns auch in der Frage, wie wir Politik in Berlin machen und wie wir die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns und des kleinen Mannes und der kleinen Frau einbringen – also auch an dieser Stelle bitte keine Nachhilfe, sondern eher einen Applaus dafür und einen Dank, dass das erfolgreich erkämpft wurde und in diesem Land Familien in diesen sensiblen Zeiten sehr hilft!



Abgeordnete der Fraktionen CDU, FDP und AfD

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)*

[...] Meine Damen und Herren, was wird noch deutlich in dieser Debatte? In dieser Debatte wird deutlich, dass wir Redner hatten [...], die sich Gedanken gemacht haben. Das Thema Schulessen ist vielschichtiger als nur die Frage, was ist der Beitrag. Wenn wir uns Petitionen angucken, dann ist es die Frage, wird der Beitrag beispielsweise in Krippe und Kindergarten pauschal oder spitz abgerechnet. Darauf hat mich meine Kollegin hingewiesen, dass das gerade den Petitionsausschuss befasst. [...] Die Eltern beschäftigt, was ist ein gesunder Standard. [...] Die Frage Schulessen und Kitaessen ist nicht lösbar von der Frage gesundes Essen und Qualität, und da ist Ihr Antrag auch an dieser Stelle viel zu kurz gesprungen.

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Ohne uns gäbe es Ihren Antrag gar nicht,
Herr Dahlemann! Das muss man mal sagen.)*

[...] ich will in Erinnerung rufen, wir haben vor Weihnachten einen Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht, wir haben einen Energiefonds im Umfang von 1,1 Milliarden beschlossen, der einen umfangreichen Härtefallfonds beinhaltet. Wir geben darin Antworten auf die Situation unserer Trägerinnen und Träger, den Kommunen und den Schulen, egal, ob staatliche oder in freier Trägerschaft. Wir geben eine Antwort auf die Frage, wie geht es weiter für den Sport. Wir geben eine Antwort für den sensiblen Bereich der Tafeln, wir geben eine Antwort für die Kitas.

[...] Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Eltern in unserem Land können sich darauf verlassen, dass, wenn wir in diesem Parlament eine Bundesratsinitiative in Richtung Landesregierung beschließen, dass die Landesregierung selbstverständlich auch einen solchen Ball aufnimmt, nicht nur einmalig, sondern dauerhaft.

*(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Marc Reinhardt, CDU)*

Ich will mich ausdrücklich bei den GRÜNEN, bei der FDP, bei der SPD und bei den LINKEN bedanken, dass wir das so sachlich und gut beraten haben. Das haben diese Redebeiträge gezeigt, der der CDU war allerdings ein Schuss in den Ofen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Minister Dr. Till Backhaus:

„Die Beitragsfreiheit ist das größte Entlastungsprogramm gewesen, [...] dass damit finanzielle Spielräume für ein gesundes Mittagessen [...] bereitgestellt werden.“



Foto: Uwe Sinnacker/Archiv

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...]

*(Der Abgeordnete Sebastian Ehlers
bittet um das Wort für eine Anfrage.)*

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt:

Sie können sie auch ablehnen.

Minister Dr. Till Backhaus:

Also von mir aus können Sie. Dann fragen Sie mich ruhig, Herr Ehlers!

Sebastian Ehlers, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Entschuldigung, ich dachte, es wäre klar, wenn man hier steht, dass man eine Zwischenfrage stellen will, aber vielen Dank, Herr Minister!

Sie haben ja gleich im ersten Satz uns hier was vorgeworfen, auf das ich eingehen möchte und eine Frage stellen möchte. Sie haben das Thema Gießkannenprinzip in unserem Antrag dort kritisiert. Daher meine Frage: In Ihrem Antrag, den Sie ja mit auch federführend entwickelt haben, wird ja die kostenfreie Kita gelobt. Ist das nicht auch ein Gießkannenprinzip, wenn die Väter und Mütter, die auch hier im Raum sind,

*(Heiterkeit und Zuruf
von Patrick Dahlemann, SPD)*

die gutes Geld verdienen, dass die quasi nichts mehr zahlen müssen, ist das nicht auch ein Gießkannenprinzip, weil auch die Besserverdienenden damit entlastet werden?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich glaube, Sie haben das Prinzip von uns nicht verstanden. Wir haben ...

*(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der AfD und CDU –
Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ja, genau.)*

[...] Bei uns gilt für die erste Stufe [...], die Kita, dass jeder das gleiche Recht darauf haben soll. Und dass wir ganz bewusst [...] ein Entlastungsprogramm auch für Familien mit Kindern auf den Weg gebracht haben, zeigt doch der Erfolg, dass dieses Programm hochgradig anerkannt wird.

Und diese 500 Millionen Euro [...] haben wir in dieses Gesamtprojekt hineingesteckt. Dazu gehört im Übrigen nicht nur dieses bildungspolitische Programm, sondern dazu [...] gehören andere Themen. Und ich sage hier an dieser Stelle noch mal: Dieses Geld ist hervorragend investiertes Geld in unsere Kinder.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
der CDU)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Und, Herr Ehlers, und deswegen möchte ich das auch noch mal sagen, unser Vorschlag, den wir hier unterbreiten, und ich wünsche mir sehr, dass Sie da mitmachen,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

wir haben unter Corona-Bedingungen [...] versucht, eine Entlastung vorzunehmen. Da sind ja Millionenentlastungen entstanden, im Übrigen für den Erhalt der Hotellerie und der Gastronomie. Im Übrigen ist da auch die Entlastung [...] auch für die Cateringunternehmen, die in diesem Bereich für Kita und Schule zuständig sind [...]. Deswegen gibt es die zum Glück noch. Und genau das wollen wir weiterführen. [...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)*

[...]

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Torsten Koplín, DIE LINKE:
Sehr schön, jawoll!)*

Präsidentin Birgit Hesse:

Einen Moment bitte, Herr Minister!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Den Applaus sollen Sie noch genießen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weise noch mal darauf hin, Zwischenrufe sind gestattet, aber nicht ein permanentes Dazwischenreden, dass der Minister oder der Redner nicht mehr zu verstehen ist. Ich bitte das zu berücksichtigen. Bitte, Herr Minister!

Minister Dr. Till Backhaus: [...] Im Übrigen haben wir [...] 23 Menüvorschläge [...] entwickelt, die mit den Kindern nach den Maßstäben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung gemeinsam erarbeitet worden sind und [...] wir [...] Cateringunternehmen haben, die [...] und diese Grundsätze mit umgesetzt haben, und wir zwischen 3 Euro, 3,60 Euro bei den günstigsten Caterern in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor sind. Das ist doch auch ein Beweis, dass die Cateringunternehmen sich dieser Aufgabe stellen. Und auch dafür möchten wir uns ausdrücklich bedanken. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Torsten Renz, CDU: Herr Backhaus, Sie haben ausgeführt, dass 15 Millionen im Härtefall zur Verfügung stehen für Schulen und Kitas. Dazu meine Nachfrage, weil ich bisher davon ausgegangen bin, die sind insbesondere für Hilfeleistungen im Zusammenhang mit Energiekosten: Sind Sie der Auffassung, dass diese 15 Millionen Euro für Schulen und Kitas im Härtefallfonds jetzt tatsächlich benutzt werden können, um zum Beispiel eine Subventionierung, so will ich das mal bezeichnen, für die Essensversorgung vorzunehmen?

Minister Dr. Till Backhaus: [...] diese 15 Millionen sind für Kita und Schule bereitgestellt worden [...]. Insofern, meine dringende Bitte, wir haben tolle Schulen, wo mittlerweile auch Mensen oder kleinere, sage ich mal, Versorgungseinheiten ja mitinstalliert worden sind, könnte ich Ihnen Beispiele nennen. Natürlich entstehen da auch Mehrkosten, was die Energie anbetrifft. Und da werden Mittel bereitgestellt. Ich finde, das ist ein vernünftiger Ansatz. Und im Übrigen glaube ich [...], ob es nicht vielleicht gelingen kann, auch einen Impuls, auch über den Bundesrat zu setzen, [...]

*(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Daniel Peters, CDU)*

[...]

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Minister Dr. Till Backhaus: [...] Die Beitragsfreiheit ist das größte Entlastungsprogramm gewesen, das habe ich heute Morgen schon angedeutet. Und dass wir damit auch die Hoffnung verbunden haben, dass damit finanzielle Spielräu-



Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus während der Debatte

Foto: Uwe Sinnecker/Archiv

me auch für ein gesundes Mittagessen und eine Pausenversorgung insgesamt bereitgestellt werden, war für uns im Übrigen damit ein Stück weit mit eingepreist. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Es ist aus unserer Sicht im Übrigen auch erforderlich, dass wir die Regionalität und den [...] Umbau der Landwirtschaft weiter mit begleiten.[...], wir haben heute vierzehneinhalb Prozent ökologischen Landbau in Mecklenburg-Vorpommern. Die Regionalität der Unternehmen wird stärker ausgeprägt. Warum versuchen Sie von der CDU hier jetzt wieder die Keile reinzuschieben? [...] Für uns ist regional und bio erste Wahl, und es bleibt dabei. Und das wollen wir mit den Caterern dieses Landes weiter umsetzen. [...]

(Daniel Peters, CDU: Zum Antrag reden!)

[...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Und die große Sorge, die ich habe, das ist ein aktuelles Problem, dass die Preise beim deutschen im Vergleich zum europäischen Maßstab von Bio um 40 Prozent gefallen sind. Und das ist eine Riesengefahr für unsere ökologisch wirtschaftenden Betriebe. Deswegen wollen wir insbesondere mit dem Bereich Catering, Außer-Haus-Versorgern im Biobe-

reich mit dem ermäßigten Steuersatz einen Beitrag im Bereich von insbesondere Bio/Regional setzen. [...]

*(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Daniel Petes, CDU)*

[...] Oder das Wasser in den Schulen, [...] Eine komplette Versorgung mit Wasser im Vergleich zu den zuckerhaltigen Getränken, wäre ein maßgeblicher Beitrag zur Gesundheitsstrategie des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und zum Wohle unserer Kinder. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Enrico Schult, AfD:

„Die Ursache der Preisexplosion in Deutschland, das sagte ich bereits, das ist die Sanktionspolitik.“

Foto: Uwe Sinnecker/Archiv



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Wir werden beiden Anträgen zustimmen [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

weil wir [...] die Notwendigkeit sehen, hier die Familien zu unterstützen, wenngleich wir meinen, dass das Ansinnen richtig ist, der Weg dahin aber der falsche und die Ursachen da völlig ausgeblendet werden, aber da komme ich gleich noch zu.

[...] Herr Minister [...] Sie wurden ja quasi zum Jagen getragen, denn die CDU hat ja erst mal einen Dringlichkeitsantrag gestellt, und dann haben es die SPD und DIE LINKE für notwendig erachtet, hier auch einen Antrag zu stellen. Also ich bitte Sie, lassen Sie sich bitte jetzt nicht für solche Sachen hier feiern [...]

Und ich habe den Eindruck, dass Sie das eben auch gar nicht verstanden haben mit den 15 Millionen aus dem Härtefallfonds. [...] die sind ausschließlich für Schulen und für Kitas. Die Eltern haben da überhaupt nichts von [...]

(Thore Stein, AfD: Genau.)

Ja, noch mal zum Antrag der CDU kurz: Der Fraktionsvorsitzende tritt hier ans Mikro, man denkt ja wirklich, das ist hier der ganz große Wurf, ein ganz großer Antrag und auf dem Teller liegen Ergebnisse politischer Fehlentscheidungen. [...] Werte Kollegen von der CDU, 1 Euro – wo landet dieser eine Euro? [...] profitieren die Eltern tatsächlich davon?

[...] das ist in der Tat ein Tropfen auf den heißen Stein. Und dafür sollte man sich tatsächlich nicht so feiern lassen, liebe

Kollegen von der CDU. Der Ansatz ist richtig, keine Frage, aber Sie müssen die Ursachen bekämpfen, und die Ursache „Inflation“ haben Sie ja schon richtig benannt. Weiter sind Sie da nicht gegangen, weil dann hätte man auch die Politik der CDU mitkritisieren müssen.

[...] ich zitiere aus meiner Heimatzeitung, ein Artikel vor Kurzem: Jarmens letzte Bäckerei stellt wegen Kostenexplosion die Öfen aus. „... den Kampf gegen die hohen Energie- und Rohstoffpreise haben wir nun verloren [...] ein Brot für acht Euro“ und „ein Brötchen für einen Euro“ würde ihr keiner mehr abnehmen.

[...] was würde es jetzt dieser Bäckerei oder allen Bäckereien helfen, [...] das Brot kostet nicht mehr 8 Euro [...] das kostet 7 Euro [...]? Richtig, es würde gar nichts helfen. [...]

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise haben sich, [...] „um 31,9%“ erhöht. [...] natürlich hat das auch Auswirkungen auf unser Schulesen [...] Sie sehen, da können Sie mit 1 Euro nicht viel ausrichten, und auch mit einer Mehrwertsteuerabsenkung ist da nicht viel zu machen.

[...] Das sind alles Kostensteigerungen, die umgelegt werden [...] Und da kann wirklich mit diesem Antrag der CDU nicht so viel bewirkt werden. Wenn ich mir den durchlese, dann denke ich daran, der Berg kreiβte und gebar eine Maus. [...]

Die Ursache der Preisexplosion in Deutschland, das sagte ich bereits, das ist die Sanktionspolitik, und daher kann unser Ansinnen nur sein, uns für eine Friedens- und, ja, die Friedens- und Wirtschaftskontakte gegenüber Russland auszubauen oder wieder zu intensivieren und nicht diese mit Panzern eventuell gänzlich abzuschneiden. [...] Aber wenn wir mit dieser Eskalationspolitik so weitermachen, ist da wahrscheinlich auch irgendwann Feierabend [...] dann gehen hier gänzlich die Lichter aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Insofern kann ich nur dafür werben, dass wir die Ursachen angehen, uns, wie gesagt, für eine Friedenspolitik [...] Mit diesem Schaufensterantrag ist es da nicht getan.

Wir werden diesen beiden Anträgen zustimmen,

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Oh! – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

weil es um die Menschen da draußen geht. Wir als Familienpartei möchten sie unterstützen. Aber als ganz großen Wurf, werte Kollegen von LINKE, SPD und CDU, können Sie diese beiden Anträge nicht ansehen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Daniel Seiffert, DIE LINKE:

„Wir wollen sicherstellen, dass die Schulspeisung auch in Zukunft einigermaßen bezahlbar bleibt.“

Foto: Uwe Simnecker/Archiv



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben es mit einer sehr aufgeregten Debatte zu tun, und natürlich ist das auch durchaus berechtigt, emotional. Wir reden über ein sehr wichtiges Thema, nämlich die gesunde Ernährung, die gesunde und ausreichende Ernährung gerade im Kindesalter.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Und das ist auch für uns als LINKE ein ganz wichtiges Thema, war es auch immer. Und die Qualität, Frische, Regionalität, das stand auch immer im Mittelpunkt bei uns.

Ihren Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, ich glaube auch, dass Ihnen das wichtig ist, allerdings angesichts der Tatsache, dass Sie ihn erst als Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, nachdem das andere Thema, Ihr „Schnitzelantrag“, es immerhin rechtzeitig geschafft hat, da fragt man sich dann schon, wo da Ihre Prioritäten lagen. Aber immerhin ist Ihnen das eingefallen.

(Heiterkeit und Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ich finde es auch gut, dass Sie es gemacht haben, weil es uns noch mal daran erinnert hat, dass hier eine ganz wichtige Frist bevorsteht, denn diese Frist, das ist eben der Auslauf der Verringerung ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Mensch, reden Sie mir doch nicht immer dazwischen! Lassen Sie es doch gut sein! Ist doch okay, ist doch okay.

(Heiterkeit und Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Genau.

So, und insofern sind wir Ihnen auf jeden Fall dankbar, denn das Thema ist wichtig, auf jeden Fall.

So, jetzt haben Sie allerdings auch einen Vorschlag gemacht. Da wurde schon viel gesagt zu Mitnahmeeffekten, Gießkanne und dann ausgerechnet Gießkanne aus dem Härtefallfonds. Das ist natürlich ein bisschen schwierig, das zu machen. Und Sie haben immer auf das Hamburger Modell verwiesen, wobei der Spruch, was in Hamburg möglich ist, muss auch bei uns möglich sein, da möchte ich dran erinnern, dass es da einen entscheidenden Unterschied gibt: Hamburg ist gleichzeitig auch Kommune, wir als Land sind es eben nicht. Und die Schulträger sind nun mal die Kommunen. Und wir haben auch schon drüber geredet, dass wir die Kommunen hier beim Thema „Schule und Kita“ unterstützt haben und dass es auch über den Härtefallfonds Unterstützung für Caterer-Unternehmen geben wird. Und natürlich greifen auch die Themen der Preisbremse.

Also insofern ist da schon viel im Blick. Aber natürlich reicht das nicht, nur, wir wollen sicherstellen, dass die Schulspeisung auch in Zukunft einigermaßen bezahlbar bleibt.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

In diesem Sinne will ich das Ganze auch nicht weiter in die Länge ziehen. Es wurde schon sehr viel gesagt, sonst regen Sie sich ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ja, sonst geht Ihr Blutdruck wieder – ich merke es ja –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ihr Blutdruck geht schon wieder in die Höhe. Ich will Sie auch nicht länger damit antreiben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Unterstützen Sie unseren Antrag! Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

■ Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Wir fordern eine langfristige finanzielle Beteiligung des Landes am Essenspreis.“

Foto: Uwe Sinnecker/Archiv



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleg/-innen der demokratischen Fraktionen! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Während die Themen „Kita- und Schulverpflegung“ [...], öffentliche Gemeinschaftsverpflegung, [...] eher selten hier im Plenum auftauchen, überschlagen sich [...] diese Woche plötzlich dazu ganz viele Anträge. Warum diese hektische Betriebsamkeit bei Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion? Ja, Sie haben sicherlich bemerkt, dass Ihr „Schnitzelantrag“, [...] mit dem Sie der angeblichen Gemüse-Diktatur den Kampf ansagen wollten, ein Rohrkrepierer war, von dem es schnell mal abzulenken gilt.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD: Sehr gut!)*

[...] Kommen wir zum Thema der Kosten der Gemeinschaftsverpflegung. [...] Weil die Kita- und Schulverpflegung von jeher ein auf Kante genähtes Geschäft ist, so konnten und können viele Speiseanbieter und kommunale Küchenbetriebe aufgrund der coronabedingt wegbrechenden Essensverkäufe kaum noch überleben.

*(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Viele Unternehmen schickten ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit. Sie mussten die Corona-Hilfen nutzen, um den Rumpfbetrieb am Leben zu halten. [...]

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Birgit Hesse:

Einen Moment bitte, Frau Shepley! Bisher hat jeder Redner und jede Rednerin betont, wie wichtig dieses Thema ist. Wenn ich die Aufmerksamkeit hier im Saal mir jetzt anschau und die Zwischengespräche, drängt sich mir die Frage der Wichtigkeit tatsächlich auf.

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)*

Ich würde Sie alle bitten, jetzt der Rednerin zuzuhören, damit wir auch hören, was sie sagt. Das ist eine Pflicht hier im Parlament und ist eine parlamentarische Gepflogenheit, dass wir den Rednerinnen und Rednern zuhören. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Frau Shepley, Sie haben das Wort.

Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: [...] Hinzu kommt, dass die Speiseanbieter ständig kritisiert werden, wenn sie die Preise erhöhen. [...] Wir GRÜNE beklagen schon lange die fehlende Achtung [...] vor der anspruchsvollen und wichtigen Arbeit der privaten und kommunalen Speiseanbieter.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

[...] Deshalb möchte [...] ich an dieser Stelle den Menschen ganz herzlich danken,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

die sich mit häufig geringen Löhnen jeden Morgen [...] für viele unsichtbar dieser [...] schönen Aufgabe widmen [...] Herzlichen Dank allen Beschäftigten der Verpflegungsbranche!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Wir vertreten die Auffassung, dass eine Qualitätsverpflegung in Kita und Schule langfristig nur mit konstanter finanzieller Förderung möglich ist. [...]

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Hier ist das Land in der Pflicht,

*(Torsten Renz, CDU:
Dafür soll es ja eigentlich genutzt werden.)*

die Möglichkeiten für eine finanzielle Beteiligung an Kita- und Schulverpflegung zu prüfen. [...] Um die wirtschaftliche Lage der meisten Speiseanbieter dauerhaft zu stabilisieren [...], braucht es insgesamt höhere Teilnehmerzahlen, insbesondere in der Schulverpflegung. [...]

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

[...] Damit möglichst viele Kinder und Jugendliche zum Beispiel in der Schule Mittag essen, muss es erstens schmecken. [...] Wir brauchen einen hohen Grad an Frische. [...]

Zweitens braucht es geeignete Räumlichkeiten [...]. Das sind moderne, helle Mensen mit jungendgemäßem Mobiliar sowie funktionalen und ressourcensparenden Küchen. Drittens braucht es eine geeignete organisatorische Einbindung der Verpflegung in den Schulalltag. Dazu gehören zum Beispiel ausreichend lange Essenspausen

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

und keine Überschneidung mit Busabfahrtszeiten. Und viertens braucht es die verpflichtende Verankerung der DGE-Qualitätsstandards [...] für Kita- und Schulverpflegung im Kindertagesförderungsgesetz und im Schulgesetz. [...] Unsere Fraktion hat [...]

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig! –Sebastian Ehlers, CDU: Aber unausgegoren.)

[...] sowohl das Problem der aktuell teilweise drastisch hohen Preise als auch Probleme, die wir mittel- und langfristig angehen müssen, in einem Antrag vereint.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

Auch wenn dieser letztendlich nicht ins Plenum gekommen ist, danken wir der SPD/LINKEN, dass sie einige wesentliche Forderungen mit aufgenommen haben. [...]

*(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr gut! –
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Sehr schön!)*

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] Wir fordern eine langfristige finanzielle Beteiligung des Landes am Essenspreis und ein Investitionsprogramm für moderne Mensen und Frischeküchen. [...] Nur so, meine Damen und Herren, werden wir dahin kommen, dass für jedes Kind in diesem Land ein vollwertiges, gesundes und bezahlbares Essen in Kita und Schule zur Regel wird

*(Zurufe von Marc Reinhardt,
CDU, und Beate Schlupp, CDU)*

und dass [...] gleichzeitig [...] Caterer [...] erfolgreich wirtschaften können. [...] Ich möchte mich bei meiner ganzen Fraktion dafür bedanken, [...] dass wir dieses gute Ergebnis [...] auf dem Tisch haben, und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Präsidentin Birgit Hesse: Da die Redezeit abgelaufen ist, besteht jetzt leider nicht mehr die Möglichkeit einer Zwischenfrage, da bereits die Redezeit abgelaufen ist. Mir liegt aber ein Antrag auf Kurzintervention vor.

(David Wulff, FDP: Nach der Rede noch?)

Bitte, Herr Renz!

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Kollegin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier wird ständig in den Raum gestellt, dass die CDU sehr kurzfristig, sozusagen heute früh oder gestern Abend, reagiert hat. Ich will einfach für die Öffentlichkeit darstellen, dass unser Antragstext allen, allen Fraktionen im Prinzip rechts beginnend bis zur FDP vorgelegen hat, und zwar schon seit Dienstag, und wir kollegialerweise gewartet haben auf Hinweise von SPD und LINKEN, dass wir uns noch zurückhalten sollen mit der Einbringung, man versucht noch, einen Konsens zu finden.

(Patrick Dahlemann, SPD: Haben wir versucht, haben wir versucht.)

Insofern stimmt es einfach nicht, was Frau Shepley hier auch darstellt, dass wir so kurzfristig agiert haben. Und insbesondere die Fraktion der GRÜNEN hat unseren Antrag ausschließlich persönlich auch noch zugestellt bekommen. Insofern, Frau Shepley, bitte ich Sie geradzustellen, das, was Sie hier von der Verfahrensweise kundgetan haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –Zuruf von Patrick
Dahlemann, SPD)*

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Shepley, möchten Sie darauf erwidern?

[...]

Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: [...] Werter Kollege Renz, [...] Es hat sich [...] meiner Fraktion [...] nicht erschlossen, warum Sie diesen Antrag nicht zur regelgemäßen Antragsfrist gestellt haben. Die Situation in unseren Kantinen [...] ist seit Jahren schlecht.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –Zuruf von Marc
Reinhardt, CDU)*

[...] Sie ist auch schon seit Monaten durch erst Corona, dann die Inflation, dann die Energiekrise angespannt und wächst immer weiter dramatisch.

*(Daniel Peters, CDU: Und jetzt wollen wir sechs Wochen
wieder ins Land gehen lassen, oder was?!)*

[...] Wenngleich natürlich das Thema [...] sehr dringlich ist, hätte es Ihre Fraktion [...] schaffen können, das zum Antragsschluss einzureichen. [...]

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

[...] Da müssen Sie schon mit der Vermutung leben, dass Sie taktische Gründe dafür hatten, das als Dringlichkeitsantrag zu stellen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Daniel Peters, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

■ René Domke, FDP:

„Ich verstehe überhaupt nicht, warum man nicht zueinandergekommen ist.“

Foto: Uwe Sinnacker/Archiv



[...] wir haben alle mitbekommen [...], dass viele Eltern ihre Kinder abgemeldet haben, weil sie sagen, [...] die Teuerung können wir so nicht mehr mittragen oder wir gucken jetzt nach Alternativen [...]. Und da bleiben möglicherweise manche Kinder auf der Strecke. [...] deswegen ist es richtig, dass wir das hier politisch beraten [...]. Allein das Thema „Vegetarische Ernährung“, auf was reduziert sich das dann oft? Auf Grießbrei, Milchreis, Semmelknödel [...].

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Das ist auf jeden Fall sehr gesund. –
Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Dr. Sylva Rahm-Präger, SPD)*

Da ist nur Zucker drin. Da ist überhaupt nichts Gesundes [...].

(Heiterkeit bei Bernd Lange, SPD)

Und so reden hier die Gesundheitsexperten ...

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)*

[...] das sind [...] die Ernährungsexperten [...] fürs Land, die wissen, wie sich Kinder gesund ernähren?!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] das ist nicht wirklich überzeugend, was hier dargelegt wurde! Und wenn ich dann immer höre, die Möhre und der Apfel: Ja, wo denn, wo gibt es das denn [...]?! [...] wenn man das ernst meint, [...] dann ist es nicht nur eine Frage des Preises [...]. Wo ist [...] die Unterstützung des Landes [...], wenn der Träger sagt, ich habe aber gern noch eine Köchin oder ei-

nen Koch, der gesund zubereitet? [...]

*(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU, FDP und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Wo sind da die Sachen eingepreist? [...]

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Es gibt Träger, die sich das noch leisten wollen, und das ist nicht mit reinverhandelt worden,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

wahrscheinlich auch nicht reinverhandelbar. [...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Patrick Dahlemann, SPD:
Da müssen wir noch mal drüber reden.)*

[...] Ich glaube, es bietet sich an, dieses große Thema [...],

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

[...] noch mal in ein Expertengespräch oder zumindest eine Sachverständigenanhörung reinzunehmen, weil [...] ich sehe hier nicht allzu viel Ernährungsexperten,

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

[...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)*

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Fraktionsvorsitzender! Ich wiederhole es noch einmal: Ich weiß oder es scheint so, dass das Thema tatsächlich sehr bewegt, aber es darf nicht so sehr bewegen, dass ich den Redner nicht mehr verstehen kann,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

also bitte ich noch mal um etwas mehr Ruhe. Und, Herr Dahlemann, während ich hier rede, sind Kommentare nicht gestattet.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Domke, Sie haben wieder das Wort, und ich weise jetzt darauf hin, das ist das letzte Mal, dass ich diese Ermahnung ausgesprochen habe. Ansonsten unterbreche ich die Sitzung. Bitte, Herr Domke!

René Domke (FDP):

[...] Ich will nur noch mal ausführen, weil ja auch immer [...] „Vegetarisch gegen Fleischernährung“ [...] hier ausgetragen wird [...]. [...] Seit [...] über 30 Jahren ernähre ich mich vegetarisch.

(Zuruf aus dem Plenum: Oha!)

[...] es ist doch [...] ein höchstpersönliches Recht, die eigene Ernährung so zu gestalten, wie man es möchte.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Richtig!)

Woher nehme ich denn meinen Anspruch, andere zu belehren, was sie essen sollen [...]?! [...] ich bin manchmal fassungslos, was wir hier für Debatten führen [...].

*(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU, FDP und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] ich verstehe überhaupt nicht, warum man nicht zueinandergekommen ist. Das eine ist eine Sofortmaßnahme, die jetzt greifen soll,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] die auch umsetzbar ist [...]. Und das andere ist eine perspektivische Umsetzung. [...] wir haben hier schon mehrmals über Mehrwertsteuersenkung, Freistellungen gesprochen. Da waren Sie komischerweise immer ganz dagegen, [...]

(Zuruf von David Wulff, FDP)

[...]. Jetzt haben wir hier diese Möglichkeit. Deswegen ist es auch richtig, beidem zuzustimmen. [...]

(Enrico Schult, AfD: Ja, wieso?)

[...] Bei dem Antrag von SPD und DIE LINKE haben wir zwei Punkte, da können wir nicht zustimmen. Deswegen bitte ich

auch, diese beiden Punkte einzeln abzustimmen. [...] Das ist für uns überhaupt nicht zustimmungsfähig. Mit welchem Recht binden wir denn jetzt diese ganze Thematik daran, die Quote für Biolebensmittel hier durch die Hintertür durchzudrücken? Auch das ist eine Entscheidung des Verbrauchers/der Verbraucherin, ob ich Biolebensmittel konsumieren möchte oder eben nicht.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

[...] wir jedenfalls möchten keine Bevormundung der Verbraucherinnen und Verbraucher, wir möchten Aufklärung, wir möchten, dass jeder sich frei entscheiden kann. [...] [...] ich sehe überhaupt keine Veranlassung, dass man das politisch durchsetzen muss, möglicherweise sogar gegen die Überzeugung von Eltern oder Kindern. [...]

[...] Und dann schauen Sie [...] in die Kantinen und [...] Mensen! [...] es ist nicht nur die Frage, wie [...] zubereitet wird [...], [...] wir müssen auch mal über das Thema Esskultur reden. Es wird teilweise hastig im Laufen eingenommen. [...]

(Zuruf von Marcel Falk, SPD)

[...] ich glaube [...], dass das [...] für die Gesundheit [...] bedeutsam ist, Essen in Ruhe einzunehmen [...]. Es müssen also auch ausreichend Pausenzeiten da sein. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU



Foto: Uwe Sinnecker/Archiv

Frischer Wind für Genehmigung von Windrädern

Neues Gesetz erlaubt mehr Tempo bei der Zulassung von Windenergieanlagen



Nahe der B104 bei Schönberg wurde ein Windrad montiert.

■ Ohne raschen Ausbau der Erneuerbaren Energien werden die Ziele der Energiewende nicht erreicht. Doch in MV verzögern sich die Zulassungsverfahren von Windenergieanlagen beträchtlich. Grund ist zum einen die Zuständigkeit zweier unterschiedlicher Verwaltungen: die Staatlichen Ämter für Landwirtschaft und Umwelt (StÄLU) und die unteren Naturschutzbehörden auf Kreisebene. Zum anderen kämpfen die Naturschutzbehörden mit erheblichem Personalmangel. Ein weiteres Hemmnis sind die umfangreichen Antragsunterlagen. Darum formulierte die Koalitionsfraktion in einem neuen Gesetz wichtige Verbesserungen. Hauptpunkt ist die Übertragung der Verantwortlichkeit für die naturschutzrechtlichen Entscheidungen und Beteiligungen auf die StÄLU. Dort werden 15 neue Personalstellen für die Bearbeitung der Genehmigungen von Windanlagen eingerichtet. Weiterhin wird eine Standardisierung des materiellen Artenschutzrechts zu effizienteren Zulassungsverfahren führen.

Sowohl Koalition als auch Opposition ließen keinen Zweifel daran, dass dies nur ein erster Schritt sein kann. Der notwendige parallele Ausbau der Netz- und Speicherinfrastruktur muss zügig folgen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versuchte mit einem Änderungsantrag auch Photovoltaik und Netzausbau in das Gesetz einzubeziehen.

Die Verzögerung bei der Genehmigung von Windanlagen, berichtete die Vorsitzende des Agrarausschusses **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD), liege an den Beteiligungsverfahren sowie der Komplexität der Abwägungsentscheidungen. „Dazu kommen die viel zu lange dauernden emissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für den Bau und den Betrieb der Windenergieanlagen“, fügte sie hinzu. Die Übertragung der Zuständigkeit auf die StÄLU ermögliche nun, die Entscheidungen „in eine Hand“ zu legen. Die meisten Sachverständigen begrüßten dies, „problematisch sei jedoch fehlendes Fachpersonal“.

Auch mahnten die Experten einheitliche Verfahrensstandards und Bewertungs-

kriterien an und sprachen sich für einen Windenergie-Erlass für die Rahmenbedingungen zur Windenergienutzung aus. „Dieses Gesetz ist ein Anfang“, betonte die Ausschussvorsitzende, und empfahl die Annahme in unveränderter Fassung.

Die Zielrichtung sei klar, zeigte sich Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) zuversichtlich: Entscheidungen könnten nun „innerhalb von sieben Monaten“ getroffen werden, sofern die Unterlagen vollständig seien. Mit der Verantwortung in einer Behörde „sind wir jetzt auf dem richtigen Weg“. Der vorliegende Gesetzentwurf werde Genehmigungsverfahren effektiver, effizienter und schneller machen – kurzum: den „Flaschenhals“ in der Genehmigungspraxis beseitigen und am Ende die Energiewende beschleunigen, verdeutlichte der Minister und sah „das Zeitalter der fossilen Energien“ für MV „beendet“. Dr. Backhaus wünschte sich, dass Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sein Versprechen einhalte und im ersten Quartal eine Lösung für die gerechte

Verteilung der Netzentgelte finden werde. Komme das nicht, werde er gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium eine Bundesratsinitiative initiieren.

Thore Stein (AfD) konnte sich nicht an eine breite Zustimmung bei der Ausschussanhörung erinnern. Im Gegenteil: Der Landkreistag MV „kritisierte massiv“ die kurze Frist für die Beantwortung des umfangreichen Fragenkatalogs. Darüber hinaus sei die Verfahrensbeschleunigung durch dieses Gesetz „entschieden bezweifelt“ worden. Die Bündelung oberhalb der unteren Naturschutzbehörden löse nicht das Problem der „weiterhin völlig ineffektiven Prozesse“, die bis heute nicht ausreichend standardisiert seien. Thore Stein wusste, dass Verzögerungen durch Nachforderungen von Antragsunterlagen entstünden, da „einfachste Basisdaten häufig fehlten oder falsch“ seien. Nur die erhebliche Aufstockung der Stellen könne da helfen, aber das hätte man auch schon bei den Landkreisen bewerkstelligen können. Seine Fraktion lehne den Gesetzentwurf ab, denn Windkraftanlagen könnten den Strombedarf einer Industrialisation nicht decken.

Beate Schlupp (CDU) bestätigte die Kritik sowohl des Landkreistages als auch des Städte- und Gemeindetages an der kurzen Frist zur Stellungnahme. Beide Gremien zweifelten, dass allein die Übertragung an die StÄLU zur Beschleunigung auch nur eines Verfahrens beitragen könne. Bei ausreichender Personalausstattung in den unteren Naturschutzverwaltungen wären bereits dort zügige Verwaltungsentscheidungen möglich. Stattdessen würden diese nun „kannibalisiert“, da viele ihrer wichtigen Mitarbeiter die Chance für den Landesdienst nutzen würden. In der Anhörung sei auf die nicht berücksichtigten Belange des Denkmalschutzes und des Netzausbaus verwiesen worden. „Der vorliegende Gesetzentwurf reicht hierfür nicht aus.“ Lediglich ein Prüfauftrag wurde beschlossen. In der Hoffnung, dieser werde positiv ausfallen, werde sich ihre Fraktion enthalten und dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) betrachtete den Gesetzentwurf als „einen wichtigen Baustein“ für den Ausbau der erneuerbaren Energien. In den Anhörungen sei deutlich geworden, dass der Netzausbau eine große Rolle spiele. Nichtsdestotrotz wolle die Koalitionsfraktion bei der unveränderten Annahme dieses mit Substanz unterlegten Gesetzes bleiben. Und zwar schließe es den Arbeitsaufwand der Genehmigungsverfahren sowie die dazu notwendigen Stellen mit ein. Das treffe nicht auf das Thema Genehmigungsverfahren für den Netzausbau oder Photovoltaikanlagen mit ihren speziellen Anforderungen zu. Darum wurde hierzu der Prüfauftrag in Betracht gezogen. „Ja“, gab Daniel Seiffert zu, die Beschwerde des Landkreistages zur kurzen Frist „tat weh“. Der Grund war aber, dass alles schneller gehen soll, dadurch ist es so eng geworden. Die Regierungskoalition sei „fest davon überzeugt“, dass der Gesetzentwurf ein wichtiger Schritt nach vorn sei.

„Beim LNG bekommen die BürgerInnen Deutschland-Tempo, bei Erneuerbaren Energien MV-Tempo“, wunderte sich **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Denn im Land warteten 900 Anlagen für circa 5.000 Megawatt Leistung darauf, genehmigt und gebaut zu werden. Das entspreche dem zehnfachen des Rostocker Kohlekraftwerkes. „Insofern ist der erste Schritt wichtig und richtig [...] nur eben nicht die einzige Maßnahme“, mahnte der Politiker. Bereits bei der Ersten Lesung habe seine Fraktion angekündigt, dass die naturschutzrechtliche Zuständigkeit auch beim Netzausbau und bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen angepasst werden müsse, sozusagen „eine Bündelung des Projekts Energiewende“ in einer Behörde. Dafür habe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag ausgearbeitet. Sollte dem nicht zugestimmt werden, würde der Netzausbau weiter verzögert und das Thema stünde „im MV-Tempo“ in einigen Monaten erneut auf der Tagesordnung.

Dieser Gesetzentwurf war für **Sandy van Baal** (FDP) ein erster Schritt, um die Vorgaben des Bundes für eine beschleunigte Energiewende umzusetzen. „Es ist leider erst mal ein erster Schritt, aber besser als nichts“, lenkte sie ein. Ein entscheidender Punkt sei die einfache, praktische Ausführung des Verfahrens. Sie habe von den unteren Naturschutzbehörden erfahren, dass es keine klaren Handlungsanweisungen zur Anwendung der Genehmigungsgesetze von Windenergieanlagen gebe. Der Ermessensspielraum sei zu groß und führe zu Konflikten in der Beurteilung. Die Politikerin vertrat die Auffassung, dass dies „schnellstmöglich“ angepackt werden müsse, genauso wie die Photovoltaik und der Netzausbau. Dazu gehöre gleichfalls der Windenergie-Erlass. „Meine Fraktion wartet mit Spannung auf diesen Erlass“, bekräftigte die Politikerin.

Die FDP stimme für den Änderungsantrag, enthalte sich aber beim Gesetzentwurf.

Am Ende der Debatte gab Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) zu, dass es ein schwieriges Thema sei. Aber kleine Schritte führten auch zum Ziel, man müsse sie nur tun.

Zweite Lesung und Schlussabstimmung

Gesetzentwurf SPD, DIE LINKE
Drucksache 8/1491

hierzu

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt (6. Ausschuss)

Drucksache 8/1769

hierzu

Änderungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/1788

Der Änderungsantrag

auf Drucksache 8/1787

wurde durch den Antragsteller zurückgezogen.

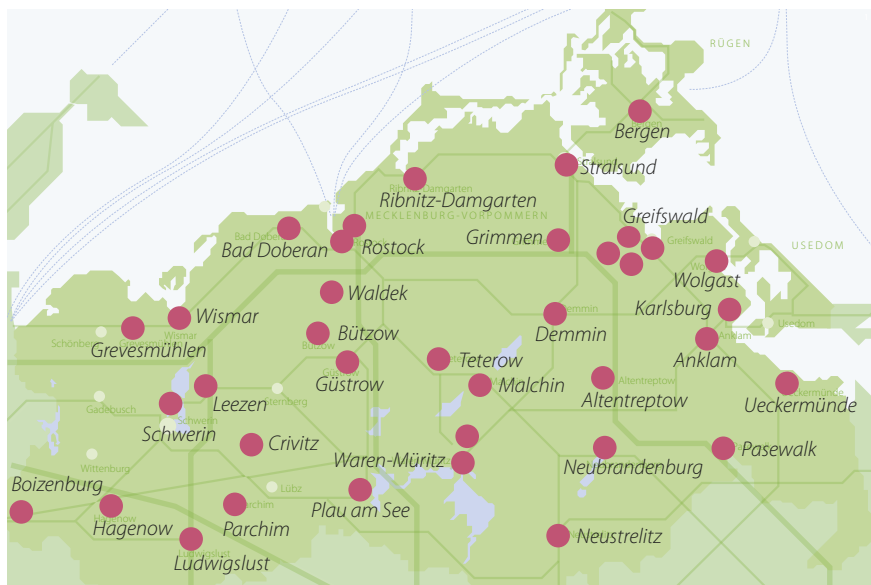
Beschluss:

Unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Ziffer I der Beschlussempfehlung
Annahme einer Entschließung entsprechend der Ziffer II der Beschlussempfehlung
Ablehnung des Änderungsantrages auf Drucksache 8/1788

Reform der Krankenhäuser vorantreiben

Alle 37 Krankenhäuser sollen erhalten bleiben

■ Auch Mecklenburg-Vorpommern als ein dünnbesiedeltes Flächenland hat eine Fürsorgepflicht für jeden Einwohner. Das gilt auch für die fernab der Metropolen lebenden Menschen. Jedoch stellt dies die Gesundheitsvorsorge vor massive Probleme.



Grafik: Uwe Sinnecker

Kliniken/Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern
Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport MV

Die Krankenhausplanung müsse aber weiter in der Kompetenz der Länder liegen, betonte Klingohr. MV als Flächenland müsse besonders darauf achten, die Erreichbarkeit einer guten Gesundheitsversorgung für alle Menschen in allen Regionen zu gewährleisten. „Wir können es uns nicht leisten, Krankenhausstandorte zu schließen.“

Druck. Es sei erfreulich, dass die Regierungskommission des Bundes in ihrer Stellungnahme vom Dezember reagiert habe und auf die Einführung einer neuen, zweigeteilten Vergütungssystematik drängt. Diese berücksichtige ausdrücklich auch die Vorhaltekosten und schaffe Vorhaltevergütungen für die Bereiche der Intensiv- und Notfallmedizin, sowie für die Geburtshilfe und die Neonatologie.



Fotos: Uwe Sinnecker/Archiv

Christine Klingohr (SPD)

Die Krankenhausreform muss nach Ansicht der rot-roten Koalition vorangetrieben werden. Sie bringe eine bessere medizinische Versorgung und gleichzeitig weniger wirtschaftlichen Druck für die Kliniken, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Christine Klingohr**. Verändert werden müsse die Klinikfinanzierung: Bislang müssten die Kliniken ihre Kosten zu 100 Prozent durch die Behandlung von Patienten decken. So bestehe ein Anreiz, möglichst viele und lukrative Behandlungen durchzuführen. „Dabei ist nicht immer gesichert, ob diese Behandlungen tatsächlich im Sinne der Patientinnen und Patienten sinnvoll sind“, sagte Klingohr. Diese Behandlungen würden zudem viel Personal binden. Gleichzeitig würden viele Patienten stationär behandelt, obwohl eine ambulante Versorgung wahrscheinlich ausreichen würde und für die Patienten angenehmer wäre. Die Expertenkommission auf Bundesebene habe vorgeschlagen, den Krankenhäusern eine Basisfinanzierung zur Verfügung zu stellen, die sie unabhängiger von wirtschaftlichen Zwängen mache. „Damit kann Personal und Technik vorgehalten werden.“



Gesundheitsministerin Stefanie Drese

Für Gesundheitsministerin **Stefanie Drese** (SPD) ist die Krankenhausfinanzierung die entscheidende Stellschraube. Das Fallpauschalen-System habe in vielen Bereichen zu Fehlentwicklungen geführt. Besonders Gebiete wie die Pädiatrie und Geburtshilfe seien davon betroffen. Seit langem zeichnet sich ein großer Reformbedarf ab. MV müsse sich als dünn besiedeltes Flächenland ganz eigenen Herausforderungen stellen. Wohnortnahe müsse qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für jeden zur Verfügung stehen. Dabei müsse es stets das Ziel sein, alle 37 Krankenhäuser zu erhalten. „Wir brauchen jeden Standort.“ Dem gegenüber stehe der voranschreitende Fachkräftemangel und die weitere zurückgehende Zahl der Einwohner. Steigende Preise und hohe Energiekosten sorgten für weiteren



Thore Stein (AfD)

Der AfD-Abgeordnete **Thore Stein** betonte, dass das 2004 eingeführte DRG-System (Diagnosis Related Groups; deutsch: diagnosebezogene Fallgruppen) zu den Fehlentwicklungen geführt habe. Die ökonomischen Bewertungen hätten über den medizinischen gestanden. „Das ist grundlegend falsch, darüber dürften sich mittlerweile alle einig sein“, sagte Stein. Und die Corona-Krise habe die Existenzkrise der Kliniken verschärft. Durch aufgeschobene Behandlungen konnten viele Einnahmen nicht realisiert werden, eine Kompensation habe es nicht gegeben. Nun kämen auch noch Kostensteigerungen durch die Energieverteilung und Inflation hinzu. Allerdings seien die bisherigen Reformvorschläge noch nicht ausgereift. „Es bleibt

wohl beim Reförmchen.“ Die AfD schlägt deshalb die Entwicklung eines neuen Systems vor, das mit einer regionalen und pauschalisierten Finanzierung einhergeht. Diese führe dazu, dass die ökonomische Verantwortung bei den Krankenhäusern liege. Diese erhielten im Voraus auf die Region zugeschnittene pauschalisierte Budgets. Ihnen werde im Voraus für einen bestimmten Zeitraum eine Pro-Kopf-Pauschale je Versicherten im Einzugsbereich bezahlt. Es gebe keinen Anreiz für Mehrleistungen, um die Umsätze zu steigern.



Katy Hoffmeister (CDU)

Nach Ansicht der CDU-Abgeordneten **Katy Hoffmeister** gibt es im Antrag der Regierungsfaktionen durchaus richtige Ansätze. Sie kritisierte jedoch, dass bislang unklar sei, wie die unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten der einzelnen Länder Beachtung finden sollen. „Aus gutem Grund obliegt die Krankenhausplanung den Ländern, das soll auch so bleiben“, betonte Hoffmeister. Der Antrag der Regierungskoalition sei richtig, da er die ländlich geprägte Struktur von MV berücksichtigt. Sie habe jedoch den Eindruck, dass die Regierungskoalition auf Zeit spielt, um möglicherweise unangenehme Entscheidungen an den Bund abschieben zu können. Hoffmeister kritisierte, dass das Land eine finanzielle Beteiligung des Bundes einfordere. Man müsse sich bewusst sein, dass der Bund im Gegenzug auch Mitsprache und Entscheidungsrechte einfordern wird. „Das bedeutet den goldenen Zügel.“

Die Krankenhauslandschaft ist nach Worten des gesundheitspolitischen Sprechers der LINKEN, **Torsten Koplín**, unter erheblichen Druck geraten. Bei ihnen messe sich die bisherige Wirtschaftlichkeit an Leistung und Mengen. Diese Systematik funktioniert nicht mehr. Vorhalte oder Zeit und Zuwendung für die Patienten seien in den Hintergrund gedrängt worden. Deshalb haben Kran-



Torsten Koplín (DIE LINKE)

kenhäuser in sehr wichtigen Bereichen Leistungen mehr und mehr aufzugeben. „Die Feuerwehr wird ja auch nicht danach finanziert, wie viele Brände sie gelöscht hat.“ Auch Kliniken sollten danach bemessen werden, dass sie da sind und medizinische Leistungen erbringen. „Beides gleichermaßen muss eine Rolle spielen.“ Nun könnten die Krankenhäuser zukunftsfest aufgestellt werden. „Wir wollen die Versorgungslandschaft neu denken“, sagte Koplín. Dazu gehöre eine sektorenübergreifende Versorgung, die ambulante und stationäre Behandlungen beinhaltet. „Wir wollen regional denken.“ Krankenhäuser sollten integrierte Gesundheitszentren werden. Klar sei aber auch, dass für die Umsetzung der Reform ein Investitionsfonds des Bundes benötigt werde. „Wir können das alleine nicht stemmen. Die Aufgabe ist viel zu groß.“



Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Krankenhausreform kommt es nach Überzeugung des Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**, darauf an, einen breiten politischen Konsens zu schaffen. „Es hat in Deutschland bislang keine Krankenhausreform gegeben, an der nicht alle Parteien daran beteiligt gewesen waren.“ Krankenhausreformen habe es bisher immer an der geringen Durchhaltkraft der Politik gemangelt. Deshalb sei nun Folgendes wichtig: „Dass man endlich mal durchhält bei der Sache.“ Es müssten auch in MV Entscheidungen getroffen werden. „Und da wird uns noch ganz schwindlig werden, wenn wir diese Entscheidungen fällen müssen.“ Problematisch sei aber die Unschärfe der inhaltlichen Bedeutung, die bereits im Titel des Regierungsantrags deutlich

werde: Es gehe um qualitativ hochwertig, in der Fläche erreichbar und nachhaltig finanzierbar verbunden gleichrangige Zielverfolgung. „Sie werden nicht zwei Politiker finden, die unter diesen Begriffen das Gleiche verstehen“, betonte Terpe. Gegen eine Bundesbeteiligung an den Kosten spricht nach seinen Worten nichts. Er kritisierte jedoch abschließend, dass der Antrag der Fraktionen von SPD und LINKEN zu unkonkret sei.



Barbara Becker-Hornickel (FDP)

Bei der Debatte um die Gesundheitsversorgung muss nach Ansicht der gesundheitspolitischen Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Barbara Becker-Hornickel**, der Konsens darin bestehen, dass die Patienten im Vordergrund stehen. „Dafür muss die Gesundheitsversorgung künftig umfassend, regional und patientenzentriert gedacht werden.“ Es müsse gelingen, eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung zu sichern. Die Gesundheitsversorgung müsse nachhaltig finanzierbar sein und vor den großen Trends der Demographie, des Fachkräftemangels, der Digitalisierung und der Spezialisierung bestehen. Leistungsanreize müssten grundsätzlich erhalten bleiben. „Eine leistungsunabhängige Vergütung könnte durchaus zu erheblichen Fehlanreizen führen.“ Gerade in dünn besiedelten Regionen wie MV bedürfe es einer sektorübergreifenden Gesundheitsversorgung. „Das Zwei-Säulen-Modell könne zu einem Rückgang des Drucks und des Risikos auf Seiten der Krankenhäuser führen und gleichzeitig Leistungsanreize erhalten“, sagte Becker-Hornickel.

Antrag der SPD und der LINKEN

Drucksache 8/1754

Beschluss:

Annahme des Antrags

Energiewende in MV

Debatte zu Abhängigkeiten und Innovationen

■ Der Krieg in der Ukraine und die daraus resultierende Energieverknappung haben die Abhängigkeit Deutschlands verdeutlicht. Für die rot-rote Landesregierung ist der zügige Ausbau der Weg aus der Energiekrise. Doch der Weg hin zu einer klimafreundlichen Energieversorgung ist lang. Noch sind Stein- und Braunkohlekraftwerke in Betrieb, Atomkraftwerke produzieren weiter Strom und auf anhaltende Gaslieferungen muss die Gesellschaft noch viele Jahre vertrauen. Gleichzeitig ist der Ausbau der Energieversorgung basierend auf regenerativen Energiequellen alles andere als einfach.

Angesichts der aktuellen Krisen muss die Politik nach Worten von **Julian Barlen**, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, abgewogene und praktikable Antworten geben. Es müsse Zweierlei geleistet werden. „Unser Land, die Bevölkerung und die Wirtschaft durch die Krisen zu bringen und gleichzeitig die Zukunftsaufgaben zu lösen, damit MV sogar gestärkt daraus hervorgeht“, sagte Barlen zum Auftakt einer von der SPD beantragten Aktuelle Stunde. Die Zeitenwende sei für die SPD mit vielen Inhalten gefüllt, führte Barlen aus. Es gehe der SPD um den Weg in eine moderne, digitale Gesellschaft, eine sichere Energiewirtschaft, die sich aus erneuerbaren Energien speist und den Reichtum des Nordostens an Wind und Sonne als Standortvorteil für Innovation und Beschäftigung begreift. Dabei müsse eine tragfähige Kultur des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Wandel so gestaltet werden, dass die Menschen profitieren und im Mittelpunkt stehen.

Die Landesregierung will laut **Ministerpräsidentin Manuela Schwesig** (SPD) die derzeitige Lage auf dem Energiemarkt nutzen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen. MV produziere schon heute doppelt so



Foto: Uwe Sinnecker

Auf Antrag der SPD-Fraktion behandelte die Aktuelle Stunde die Energiewende, deren Notwendigkeit der Fraktionsvorsitzende Julian Barlen betonte.

viel Strom aus erneuerbaren Energien, als es selbst verbraucht. „Wir sind Strom-Exportland“, betonte die Ministerpräsidentin. Nun habe sich die Rohstoffkarte geändert. Bislang lagen die Quellen für die Energie wie Kohle, Gas oder Öl in anderen Ländern, die Rohstoffe der Zukunft wie Wind, Sonne, Biomasse oder Wasser seien in MV. „Aber es wird schwer, das auszubauen. Es wird Widerstände geben.“ In den vergangenen fünf Jahren seien die Kapazitäten im Offshore-Bereich verdreifacht worden. Schwesig kritisierte, dass es nur im Onshore-Bereich ein Ausbauziel von 2,1 Prozent gebe und die Leistung im Offshore-Bereich nicht berücksichtigt würden. „Das ist aus meiner Sicht nicht richtig.“ Gleichzeitig gebe es zu wenig Anreize für die Nachbarn von Windkraftanlagen. Windpark-Betreiber müssten die Gemeinden an den Gewinnen beteiligen. Das gelte auch für die Netzentgelte. Wenn ein Land wie MV bei den erneuerbaren Energien vorangehe, dürfe es nicht sein, dass die Bürger die höchsten Netzentgelte zu zahlen haben.

Die AfD-Abgeordnete **Petra Federau** sprach in ihrer Antwort von Durchhalteparolen, Schönwettergerede oder Schönfärberei. Sie zog in Zweifel, dass der Energiebedarf Deutschlands mit Wind- und Solarenergie gedeckt werden kann. „Die Wirtschaft und die Bürger stehen vor massivsten Problemen, weil sie Ihre politischen Vorgaben und Entscheidungen ausbaden müssen“, sagte Federau. Ohne Beständigkeit wanderten die Firmen ab. Die Abschaltung der Atomkraftwerke sei ein „sinnloser Akt der Dummheit“. „Somit geht in Deutschland die Ära der zuverlässigen und grundlastfähigen Energieversorgung zu Ende, während die Länder um uns herum in

moderne und saubere Kernkraft investieren.“ Federau warf der Bundesregierung Inkompetenz vor. Diese zeige sich in der Behauptung, dass nur mehr Stromspeicher benötigt werden, um jeden Mangel zu überstehen. Solche Speicher existierten nicht. Auch der Wasserstoff könne nur ein Baustein sein, insbesondere wenn er aus Wind- und Sonnenenergie produziert soll – auch wegen des dafür benötigten, aber knappen Trinkwassers.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Franz-Robert Liskow** bezog sich auf die von Kanzler Scholz ausgerufene Zeitenwende. „Vor allem energiepolitisch sehe ich keine Zeitenwende.“ Inzwischen gebe es in Deutschland drei LNG-Terminals, die zu einem kleinen Teil die Gaslieferungen ersetzen, die zuvor von Russland geliefert wurden. „Gleichzeitig ist die Ampelkoalition nicht bereit, erneut über die Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke zu reden.“ Dazu komme, dass Deutschland in sieben Jahren aus der Kohle aussteigen soll. Dann stünden nur noch erneuerbare Energien, Gas von europäischen Partnern und LNG zur Verfügung. „Das wird nicht reichen, jeder kann das nachrechnen. ‚Wird schon werden‘ ist keine Energiestrategie“, betonte Liskow. In MV seien im vergangenen Jahr nur 15 Windkraftanlagen genehmigt worden. „Das liegt daran, dass die Genehmigungszeiten in MV die längsten in ganz Deutschland sind“, kritisierte Liskow. Im Energiewende-Ranking der Bundesländer liege MV hinten.

„Unter sehr schwierigen Bedingungen bringt die rot-rote Landesregierung MV durch die stürmischen Zeiten und macht es zugleich fit für die Zukunft“, sagte die **Fraktionsvorsitzende** der LIN-

KEN, **Jeannine Rösler**. Mit mehr als einer Milliarde Euro seien Instrumente der Krisenbewältigung, aber auch Zukunftsinvestitionen auf den Weg gebracht worden. Das Geld komme unter anderem dort zum Einsatz, wo die Energiekrise soziale und andere Einrichtungen in existenzielle Bedrängnis bringt. In Lubmin sei ein LNG-Terminal in Betrieb gegangen. Die Einspeisung in das Gasnetz funktioniere und die Versorgung der Raffinerie Schwedt über den Hafen Rostock läuft. „Das verschafft Luft, aber keine Verschnaufpause.“ Die Investitionen müssten sichern, dass das LNG nur zur Überbrückung dienen kann. „Die Zukunft gehört dem Wasserstoff“, betonte die Linken-Politikerin. Das sei die Chance für die wirtschaftliche Entwicklung im Land. „Wir wollen, dass die Wertschöpfung im Land bleibt und das ist mit der Wasserstoff-Technologie machbar.“

Fraktionsvorsitzender Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sprach von einer Meisterleistung der Berliner Ampelregierung, trotz russischem Embargo für volle Gasspeicher gesorgt zu haben. Bei der Energiesicherheit gehe es nicht nur um sichere Verfügbarkeit von Strom oder Wärme. „Es geht uns um die Bezahlbarkeit auch für die Bevölkerung“, sagte Terpe mit Blick auf den Härtefallfonds. Mittel- und langfristig können die Energiesicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands und Klimaneutralität nur durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und Verzicht auf fossile und nukleare Energieträger gelingen, betonte Terpe. „Die Investitionen für die Anlandung von Gas und Öl sollten nur auf die unbedingt notwendigen Zeiträume und Anlagen begrenzt werden.“

Seit langer Zeit werde über die Energiepolitik gesprochen, der Klimawandel stehe seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung, sagte der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **David Wulff**. „Das kann doch gerade nicht das drängende Problem sein. Das drängende Problem, warum wir über Energiepolitik reden, ist, dass unser Hauptlieferant von Energie plötzlich der größte Aggressor auf diesem Kontinent geworden ist.“ „Wir unterstützen den Ausbau der erneuerbaren Energien, wir unterstützen den Weg hin zu einer Wasserstoffwirtschaft in MV und wir unterstützen jedes Vorhaben bei der

Planungsbeschleunigung“, sagte Wulff. Das gelte auch für die Digitalisierung. „Da können Sie uns vertrauen und auf uns zählen.“ Es gehe der FDP aber auch um europäische und transatlantische Partnerschaft. „Nord Stream 2 wurde mit aller Gewalt gegen unsere europäischen und amerikanischen Partner durchgesetzt“, erklärte Wulff. Im Vordergrund stünde nun eine gemeinsame europäische Energiepolitik.

Anerkennung für diejenigen, die uns schützen

Starke Demokratie und starker Rechtsstaat gehören zusammen

■ **In vielen Bereichen unserer Gesellschaft mangelt es an gegenseitigem Respekt. Die Vorkommnisse in der Silvesternacht in Berlin haben das erschreckende Ausmaß an Respektlosigkeit, Hass und Gewalt gegenüber denjenigen offenbart, die Menschen und Staat schützen. Die CDU nahm das zum Anlass, in der Januarsitzungswoche des Landtages eine Aussprache zum Thema „Jeder Angriff auf Polizei und Rettungskräfte ist ein Angriff auf unsere Demokratie“ auf die Tagesordnung zu setzen. In Verbindung mit dem Antrag der FDP „Rechtsstaat verteidigen - Mehr Respekt für Polizei und Rettungskräfte“ erörterten die Parlamentarier Ursachen und Auswirkungen des hohen Aggressionspotenzials und der niedrigen Hemmschwelle von Gewalt gegen Einsatzkräfte. Einig waren sich alle, dass die Berliner Ereignisse eine völlig inakzeptable Grenzüberschreitung darstellten. Wie dies verhindert werden könne, sah jede Fraktion anders. Die CDU mahnte eindringlich, es gehöre zur Pflicht der Politik, sich „ohne Wenn und Aber“ vor Polizei- und Rettungskräfte zu stellen. Sie vermisse hierzu ein klares Bekenntnis der Regierungskoalition.**



Foto: nordreport

Polizeikräfte begleiten im September 2022 eine Demonstration vor dem Schweriner Schloss.

Ann Christin von Allwörden (CDU) zeigte sich „zutiefst bewegt“ und erschüttert von dem in der Berliner Silvesternacht aufgetretenen Maß an Respektlosigkeit gegenüber Polizisten und Rettungskräften. Aus Gesprächen mit Schutzpolizisten wisse sie, dass deren größte Sorge die „Null Respekt“-Attitüde ihnen gegenüber sei – ganzjährig, nicht nur zu Silvester. Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte berührten den Kern der Rechtsstaatlichkeit. Es müsse jedem klar sein, dass solche Attacken weder zu dulden noch zu relativieren seien. Wer die Argumentation umdrehe und von der Polizei als „einer Gefahr für die Sicherheit“ spreche, „delegitimiere“ die polizeiliche Arbeit, wurde Ann Christin von Allwörden deutlich. Von „Polizeigewalt“ zu sprechen, „offenbare eine Geisteshaltung“, besonders wenn diese Äußerung von „politisch Verantwortlichen“ käme. Das sende die Botschaft, dass die Politik nicht hinter der Polizei stehe. „Und das ist ein ernsthaftes Problem“.

Die Ereignisse der Silvesternacht in Berlin bildeten einen traurigen Höhepunkt, stellte **David Wulff** (FDP) fest. Die Zunahme von Handgreiflichkeiten und Gewalttaten sei offensichtlich. Noch schwerer wiege, wenn die Polizei zum „Feindbild“ erklärt würde. „Warum passiert das?“, fragte David Wulff. Er machte „eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit unserem Staatswesen“ aus, die „an den Dienern unseres Staates“ ausgelassen werde. Alibiverbote, wie das von Böl-

lern, lenkten hier nur ab. Er erwarte von der Landesregierung, sich geschlossen „hinter unsere Kräfte zu stellen“. Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Einsatzkräfte gehöre dazu. Die Polizei könne ihre Arbeit nur machen, wenn sie das Vertrauen und die Wertschätzung der Gesellschaft genieße. „Und es ist wichtig, dass dieses Signal auch von diesem Hause ausgeht“, appellierte der Abgeordnete an seine Kollegen.

Jeder Angriff auf Polizei-, Feuerwehr-, auf Rettungskräfte sei, so Innenminister **Christian Pegel** (SPD), ein Angriff auf den Rechtsstaat, „auf das Gewaltmonopol dieses Staates, das das Grundgesetz ganz klar vorsieht, und damit auf die staatliche Autorität und am Ende auf uns alle.“ Noch wichtiger sei ihm: Es handele sich um „Angriffe auf Menschen aus unserer Mitte“. Die Polizeikräfte hätten als bittere Erkenntnis verinnerlicht, dass eskalationsfreie Einsätze mehr und mehr der Vergangenheit angehörten. Noch hätten wir in MV diese Extremform wie in Berlin nicht. „Aber wir erleben [...] die Bereitschaft, die staatliche Autorität anzugreifen und nicht mehr zu akzeptieren“, berichtete der Innenminister. Er fürchte, es gebe keine einfachen Antworten auf dieses Problem. Letztlich sei es eine Frage, welche Werte eine junge Generation prägten. Er dankte Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst: „Sie sind meine Heldinnen und Helden des Alltags.“ Dieses Haus stehe „deutlich hinter ihnen“.

Gewalt gegen Rettungskräfte und Polizeibeamte nehme nicht erst seit der vergangenen Silvester-Nacht zu, warnte der Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** (AfD). Aber die Bilder aus Berlin machten „einfach fassungslos“. „Diejenigen, die uns beschützen, werden angegriffen und diffamiert“ – nicht nur auf der Straße, sondern auch „von Vertretern der etablierten Politik“. Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstellten unseren Beamten pauschal Rassismus durch „Racial Profiling“. Die Polizei werde täglich mit nicht integrierten Bürgern konfrontiert, die Polizei und Rechtsstaat teilweise verachteten und ablehnten. Daher wäre es besser, sich der Realität zu stellen. Nur mit deutlichen und harten Kon-

sequenzen und einem geschlossenen Rückhalt für unsere Polizeibeamten in Politik und Verwaltung könne diesen Problemen Rechnung getragen werden. „Unsere demokratischen Werte müssen verbindlich sein“, plädierte Nikolaus Kramer, „für jeden in diesem Land, ohne Ausnahmen“.

Michael Noetzel (DIE LINKE) schickte voraus: „Gezielte Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte sind zu verurteilen. Das tun wir hier im Landtag in aller Regelmäßigkeit.“

Respekt gegenüber der Arbeit von Einsatzkräften zum Ausdruck zu bringen, gehöre zur politischen Selbstverständlichkeit. Es sei ein Grundpfeiler unseres Rechtsstaats, die juristische Ahndung der Vorfälle in der Silvesternacht den Gerichten zu überlassen.

Ein Rechtsstaat müsse auch immer verhältnismäßig agieren. Die Erfahrung der letzten 150 Jahre lehre, dass härtere Strafen nicht zum gewünschten Effekt führten. „Der derzeitige Strafraum ist vollkommen ausreichend.“ Respekt für die Polizei entstehe nicht durch Drohung. Einen „nachhaltigen Effekt“, gerade bei jungen Tätern, hätte eine „schnelle Justiz“. Schnelle Urteile würden gleichzeitig ein wichtiges Signal an die Einsatz- und Rettungskräfte senden. „Ich plädiere für eine größere Sachlichkeit und weniger Hysterie.“

Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) leuchtete die Relevanz des Themas für MV nicht völlig ein. Anders als in Berlin, wo 40 Polizeikräfte und 15 Feuerwehrleute verletzt wurden, gab es in MV insgesamt drei Berichte über Angriffe auf Landespolizisten.

„Ich sage das hier ganz deutlich: Solche Angriffe auf Polizei und Feuerwehr sind nicht hinnehmbar und müssen konsequent strafrechtlich verfolgt werden.“

Die Ursachen für Gewaltexzesse seien immer individuell, gab die Abgeordnete zu bedenken. Allgemein lägen sie in der Sozialisation. Kriminologische Forschungsergebnisse belegten, dass hohe Strafen keine abschreckende Wirkung entfalteten, da Gewalt zumeist im Affekt begangen würde.

Bislang habe Constanze Oehlich in der Aussprache Lösungsansätze vermisst. Die Wahrscheinlichkeit, „erwischt zu wer-

den“, reduziere Gewalt. Weiter sei Sozialarbeit die effektivste Strategie gegen Straßengewalt und eine „Dehumanisierung“ von Rettungskräften nicht zu dulden.

Ralf Mucha (SPD) wies den Vorwurf zurück, dass seine Fraktion nicht ohne Wenn und Aber „hinter beziehungsweise vor den Beamten“ stünde. Jeder Angriff auf Polizei und Rettungskräfte gehöre aufs Schärfste verurteilt und sanktioniert. „An diesem Punkt besteht Einigkeit in diesem Haus und daran ist auch nicht zu rütteln“, unterstrich der Abgeordnete.

Bei der Ursachenfindung helfen Pauschalisierung und Generalverdacht nicht weiter. Sie verfestigten Skepsis und Ablehnung gegen den Staat, die Gesellschaft und die Demokratie. Diese Ablehnung beschränke sich nicht nur auf „die Abgehängten“, sie gehe bis tief in bürgerliche Kreise. „Ein deutliches Warnzeichen!“, befand Ralf Mucha. „Gerade wir als Parlamentarier sind gefordert, [...] glaubhafte Perspektiven für ein gutes und sorgenfreies Leben“ für alle Bürger mitzudenken. Würden Polizei und Rettungskräfte nicht mehr als unsere Gesellschaft tragende Kräfte wahrgenommen, sondern als Erfüllungsgehilfen der Interessen einiger Weniger, dann hätten wir ein Problem.

Antrag CDU

Jeder Angriff auf Polizei und Rettungskräfte ist ein Angriff auf unsere Demokratie in Verbindung mit:

Antrag FDP

Rechtsstaat verteidigen - Mehr Respekt für Polizei und Rettungskräfte

Beschluss:

Es fand eine verbundene Aussprache beider Themen statt.

Aufschub abgelehnt

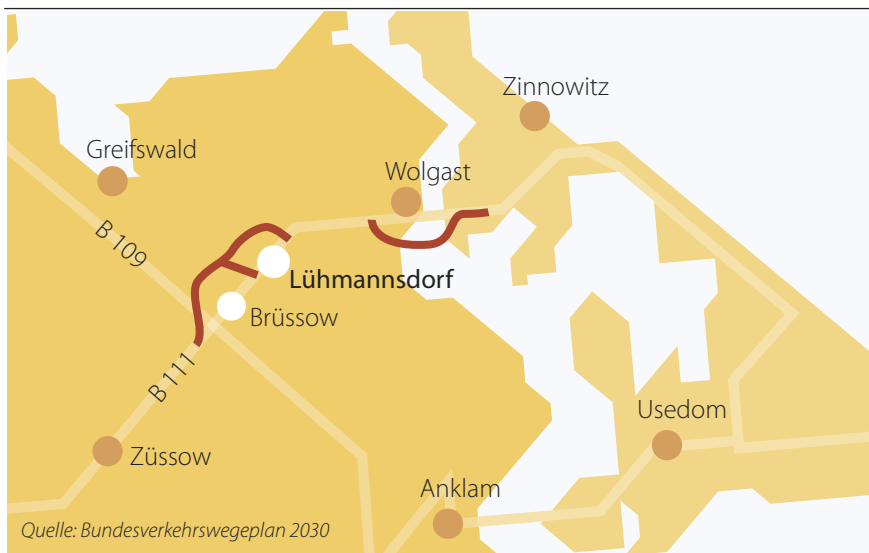
Straßenbauvorhaben gemäß Bundesverkehrswegeplan / Verlässlichkeit von fertigen Plänen für Bürger ein hohes Gut

■ Der Klimawandel und die Energieknappheit sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Gründe dafür, in einem Moratorium alle Straßenbauvorhaben, die im Bundesverkehrswegeplan stehen, zu überprüfen. Doch mit diesem Vorhaben treffen sie im Landtag auf keine Zustimmung.



Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Landesregierung aufgefordert, den aktuellen Verkehrswegeplan unter Klimagesichtspunkten zu überprüfen. „Er erhält eine Vielzahl an Straßenbau-Vorhaben, die absolut nicht mehr zeitgemäß sind“, kritisierte die verkehrspolitische Fraktionssprecherin **Jutta Wegner**. „Wie schon der Bundesverkehrsminister begreift auch das Land den Ernst der Lage nicht und glaubt, ein „Weiter so“ wäre möglich.“ Sie schlug ein landesweites Moratorium vor, das die Straßenbauvorhaben aufschiebt und auf ihre Notwendigkeit überprüfe. Wegner sagte, dass die Planungen zum Verkehrswegeplan meist älter als 15 Jahre seien, als die Dringlichkeit des Klimaschutzes noch nicht gesetzlich verankert war. So seien für MV 17 Maßnahmen zum Straßenneubau für den vordringlichen Bedarf eingestuft, die zum großen Teil massive negative Auswirkungen hätten. „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“, betonte Wegner. Planfestgestellte Umfahrungen von stark verkehrsbelasteten Orten wie Wolgast stellte sie dabei nicht in Frage.



Zwei Projekte im Bundesverkehrswegeplan sind die Umfahrungen von Lühmannsdorf und Wolgast zur Verbesserung der Verbindung zwischen der A 20 und den touristischen Zielen auf der Insel Usedom.



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) kritisierte den Antrag der Grünen. „Ein Bundesverkehrswegeplan muss Verlässlichkeit geben auch für die Straßeninfrastruktur.“ Es bringe nichts, noch mehr Geld in Richtung Schiene umzuschichten, die Verantwortlichen etwa beim Eisenbahn-Bundesamt schafften es nicht, das Geld umzusetzen. „Am Ende freut sich ein Finanzminister, der sagt, Ihr habt das Geld nicht ausgegeben, dann wird es einkassiert und möglicherweise an anderer Stelle als bei Infrastruktur eingesetzt“, sagte Meyer. Das, was beschlossen ist, müsse auch umgesetzt werden, betonte der Minister. „MV hat viel ländlichen Raum, wir müssen die Mobilität auch auf der Straße absichern.“ Deshalb werde es kein Moratorium geben. Es sei auch nicht der richtige Weg, beispielsweise lange geplante und dringend benötigte Ortsumgehungen abzusagen. Meyer lobte den Willen der Bundesregierung, die neue „Deutschlandgeschwindigkeit“ auch im Straßenneubau, insbesondere auch beim Ausbau des Fernstraßennetzes durchzusetzen. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt und Instanzenwege

verkürzt werden. „Es sollte möglichst alles so schnell gehen wie beim LNG-Beschleunigungsgesetz.“



Stephan Reuken (AfD)

Auch die AfD lehnte den Antrag ab. Das Einstellen des Straßenneubaus wäre die fatalste Vorgehensweise für die gesamte Infrastruktur in MV, sagte der AfD-Abgeordnete **Stephan Reuken**. Schon das aktuelle Klimaschutzgesetz des Bundes vermöge dem Wirtschaftsstandort Deutschland die Luft abzuschneiden. Dazu kämen die hohen Energiepreise durch den Krieg in der Ukraine, die „völlig vermurkste Energiewende“ und eine hohe Steuerbelastung belasteten den Wirtschaftsstandort massiv. Auch sei das höhere Verkehrsaufkommen auf den Straßen mit auf den dürrtigen Zustand des Schienen-Güterverkehrs zurückzuführen, sagte Reuken. „Aber bevor man hier nicht gewaltige Fortschritte macht, bleibt nichts anderes übrig, als in Straßen zu investieren.“ Das sei eine Politik für die Menschen und die Daseinsvorsorge. „Es geht darum, dass die Menschen ihren Alltag bestreiten können und ihre Existenz sichern können.“ Reu-

ken warf den Grünen Doppelmoral vor. Der Bau von Straßen werden wegen des Durchschneidens etwa von FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat) abgelehnt, dagegen könnten nach dem Verständnis der Grünen Windräder auch in Vogelschutzgebieten gebaut werden.



Daniel Peters (CDU)

Wie der CDU-Abgeordnete **Daniel Peters** in der Debatte sagte, sind Straßenbau- Verkehrsprojekte unerlässlich für die Infrastruktur von MV. „Ich halte die Annahme, dass wir es schaffen, den Individualverkehr gänzlich abzuschaffen, für eine Illusion.“ Peters verwies zudem darauf, dass die Prüfung der Projekte im Bundesverkehrswegeplan in regelmäßigen Abständen stattfindet. Dabei gehe es auch um klimarelevante Fragen oder auch um Kosten-Nutzen-Rechnungen. Er forderte die GRÜNEN auf, ihre Forderungen mit den Lebensrealitäten der Menschen in MV in Einklang zu bringen. Für Peters ist es zudem klar, dass ein fließender Verkehr auch unter Beachtung des Klimaschutzes von Vorteil ist. Fließender Verkehr dürfe nicht weiter unterbrochen werden, sagte der Rostocker CDU-Abgeordnete mit Blick auf den Verkehr in der Hansestadt. „Ich möchte ganz deutlich sagen, dass wir die Menschen im ländlichen Raum bei all diesen Debatten wirklich nicht vergessen sollten.“ Diese seien auf das Auto angewiesen und dafür müsse die Infrastruktur in einem akzeptablen Zustand sein.

Auch der LINKEN-Abgeordnete **Henning Foerster** verwies darauf, dass der Bundesverkehrswegeplan kein starres Gebilde sei. „So wurden beispielsweise Schienenprojekte für die Strecken von Stralsund über Greifswald, Züssow, Anklam und Pasewalk nach Berlin sowie von Schwerin über Grevesmühlen nach Lübeck nachträglich vom sogenannten potenziellen in den vordringlichen Bedarf hochgestuft.“ Gleichzeitig seien



Henning Foerster (DIE LINKE)

aber Strecken wie die von Stralsund über Neubrandenburg nach Berlin wieder gestrichen worden. Es sei wie bei anderen Strecken kein volkswirtschaftlich positives Ergebnis zu erwarten gewesen. „Damit war das Aus besiegelt.“ Gleichzeitig gebe es Straßenverkehrsprojekte, die nachträglich in den Verkehrswegeplan aufrückten. Dazu gehöre die Ortsumgehung Zirchow auf Usedom. Hintergrund seien das angenommene steigende Verkehrsaufkommen mit Inbetriebnahme des Swinetunnels. „Dieses Vorhaben muss definitiv prioritär behandelt werden. Das sind wir den Menschen, die täglich drohen, den Verkehrskollaps zu erleiden, einfach schuldig.“



David Wulff (FDP)

Nach Ansicht des verkehrspolitischen Sprechers der FDP-Landtagsfraktion, **David Wulff**, ist der europäische Verkehr, der auch durch MV fließt, ein zentraler Faktor des Wohlstands. Auch für die FDP sei der Klimaschutz ein vordringliches Ziel. Aber das ständige Hinterfragen und nochmalige Prüfen von Projekten sorge in der Bevölkerung für große Unsicherheit. „Das ist das, was ständig die Bremswirkung entfaltet, wenn wir irgendwelche Projekte zur Entwicklung unseres Landes planen“, sagte Wulff. Es müsse zudem beachtet werden, dass die Bundesregierung derzeit stark die Elektromobilität und Wasserstoffantriebe fördere. Auch das sei alles individuelle Mobilität und das seien alles Mobilitätsmittel, die früher oder später wieder eine Straße brauchen. „Und die werden CO2-neutral durch die Gegend fahren.“



Marcel Falk (SPD)

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag, **Marcel Falk**, warf einen Blick auf die möglichen Folgen eines von den Grünen vorgeschlagenen Moratoriums. So warteten die Menschen im Westteil der Insel Usedom seit Jahrzehnten dringend auf eine Ortsumgehung. Mit einem Moratorium würde die Ortsumgehung gestoppt. „Das kann ich absolut nicht für gutheißen.“ Für die Insel Usedom gebe es keine Alternativen, die Bäderbahn sei im Sommer schon voll ausgelastet. Die Kapazität könne auch nicht ausgebaut werden, da es auf der Insel keine Zweigleisigkeit gebe. Auch würden noch acht bis zehn Jahre vergehen, bis auf der Kamminer Brücke der erste Zug rollen kann. In Richtung der GRÜNEN sagte Falk: „Es wird aufgrund des Moratoriums nicht ein Auto weniger nach Usedom fahren.“ Es sei viel bequemer, mit den Kindern mit dem Auto statt mit dem Zug zu fahren. Das Auto sei auch trotz der Staus schneller und flexibler als die Bahn.

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 8/1741

Beschluss:
Ablehnung des Antrags



Gesundheitsministerin Stefanie Drese während der Debatte

Keine gesonderte Förderung für Erforschung von Impffolgen

Verweis auf Long-Covid-Ambulanzen und Institut für Long Covid

■ Die Corona-Pandemie ist weitgehend ausgestanden. Seit Beginn des Jahres 2020 hat die Diskussion um die Virus-Infektion und deren Folgen die Gesellschaft beherrscht. Auch jetzt sind die Auswirkungen weiter spürbar: Betroffene kämpfen unter anderem mit Langzeitfolgen einer Covid-Erkrankung oder den Folgen einer Impfung. Die AfD forderte daher in einem Antrag, dass parallel zur Erforschung von Post- und Long-Covid-Erkrankungen auch die Folgen von Impfnebenwirkungen erforscht werden.

Neben der Post- und Long-Covid-Erkrankung müsse in MV eine ergebnisoffene Forschung von langfristigen Impfnebenwirkungen ermöglicht werden, sagte Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner

(AfD). Sie beklagte, dass in Deutschland Impfnebenwirkungen verschwiegen würden. Die Datenlage sei desolat und die Ausflüchte der Behörden so abstrus, dass sich bei Betroffenen und Fachleuten der Verdacht aufte, dass man es gar nicht so genau wissen will. „Auch hierzulande klagen Menschen immer mehr über Nebenwirkungen nach Corona-Impfungen.“ Schneider-Gärtner kritisierte, dass trotz schlechter Datenlage und Hinweisen von Impfstoff-Herstellern auf einen nicht vollständigen Impfschutz, Schutzmaßnahmen wie „2G-Freiheitsentzug“ und eine einrichtungsbezogene Impfpflicht durchgezogen worden seien. Die „üppige Impfkampagne“ sei fortgesetzt worden. Pharmakonzerne müssten sich mit ersten zivilrechtlichen Klagen auseinandersetzen. Schneider-

Gärtner bezog sich auf Angaben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV). Danach sollen in Deutschland im Jahr 2021 rund 2,5 Millionen Menschen nach einer Covid-Impfung einen Arzt aufgesucht haben.

„Zu unterscheiden ist zwischen Impfnebenwirkungen und Impfreaktionen“, antwortete Gesundheitsministerin **Stefanie Drese** (SPD). Dabei seien schwere Nebenwirkungen nach Corona-Impfungen vergleichsweise selten. In Deutschland seien mehr als 190 Millionen Corona-Impfdosen verabreicht worden. „Die Nebenwirkungsquote liegt bei 0,3 pro 1000 Dosen.“ Studien zeigten, dass das Risiko einer schwerwiegenden Erkrankung im Zuge einer Corona-Infektion das Risiko des Auftretens einer Impf-Ne-

benwirkung deutlich übersteigt. Die Corona-Pandemie habe der Gesellschaft viel abverlangt. „Wir haben sicherlich nicht alles richtig gemacht. Vor allem im ersten Jahr der Pandemie hat uns das Virus viel mehr im Griff gehabt als umgekehrt“, sagte Drese. Nunmehr sei die Pandemie in ein endemisches Stadium übergegangen. „Das ist ein hervorragendes Zwischenfazit und zeigt die Wirksamkeit der Maßnahmen.“ Impfungen hätten dabei einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie geleistet. Die Erforschung von Nebenwirkungen und Reaktionen sei schon ein Bestandteil der Zulassung. Drese verwies darauf, dass das Land mehr als 2,5 Millionen Euro für den Ausbau von zwei Long-Covid-Ambulanzen, drei wissenschaftlichen Studien und den Aufbau des Instituts für Long Covid in Rostock bewilligt habe. Diese Leuchtturm-Projekte stießen weit über MV hinaus auf großes Interesse und Anerkennung.

Katy Hoffmeister (CDU) kritisierte, dass der Antrag der AfD den Betroffenen nicht gerecht werde. „Es ist ausdrücklich zu unterscheiden zwischen üblichen Impfreaktionen wie Impfarm oder Kopfschmerzen und tatsächlich schwerwiegenden Komplikationen.“ Auch Hoffmeister stellte die Zahl von 2,5 Millionen Menschen mit Impfnebenwirkungen klar. Es handele sich nicht um schwerwiegende, sondern um übliche, leichte Impfreaktionen. Das Paul-Ehrlich-Institut habe zum Stichtag 31. Oktober 2022 von 50 145 Verdachtsfällen schwerwiegender Nebenwirkungen gesprochen. „Das klingt dennoch viel. Allerdings ist dies auch ins Verhältnis zu setzen zu den knapp 190 Millionen Impfdosen.“ Zudem hätten sich nicht alle Verdachtsfälle bestätigt. Der Versuch der AfD-Fraktion, Corona-Impfstoffe zu diskreditieren, laufe ins Leere. „Es gibt schlichtweg keine faktenbasierte Grundlage dafür.“ Laut Hoffmeister versuche die AfD, ihre Politik auf dem Rücken der Betroffenen auszugetragen.

„Wir nehmen das Thema Impfschäden sehr ernst“, betonte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Er kritisierte ebenfalls die Verwendung der Zahl von 2,5 Millionen Impfnebenwirkungen, die die AfD ohne die öffentliche Einordnung der KBV in den Antrag geschrieben habe. „Das ist einfach nur schäbig, denn hinter dem

Wort Nebenwirkung verbirgt sich nicht automatisch ein schwerer Impfschaden.“ Koplín warf der AfD vor, die Menschen mit schweren Impfschäden für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. „Aber damit lassen wir sie in den Parlamenten dieses Landes nicht durchkommen.“ Koplín verwies auf die KBV-Mitteilung, in der von typischen Rötungen oder leichten Schmerzen an der Einstichstelle die Rede ist. „Wofür wollen Sie jetzt knapp 2,9 Millionen Euro ausgeben?“, fragte Koplín die AfD. „Für die Erforschung kurzfristiger Rötungen und leichter Schmerzen? Das Geld können wir uns an dieser Stelle sparen“, sagte er. Er wolle die schweren Impfschäden nicht kleinreden, sagte Koplín. Über die Anerkennung von Impfschäden müsse eine seriöse Debatte geführt werden.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wandte sich gegen die ablehnende Haltung der AfD gegen die Corona-Impfungen. Die Zahl der Post- und Long-Covid-Erkrankungen lasse sich mit Impfungen deutlich senken. Die Wahrscheinlichkeit von Impfschäden sei um das 1000-Fache geringer. Dieser Faktor müsse sich auch in der von der AfD geforderten Fördersumme abbilden. „Das tut sie aber nicht.“ Er begrüßte, dass die Post- und Long-Covid-Forschung mit weiteren Mitteln im MV unterstützt werden. Die Impfforschung inklusive der Corona-Impfforschung sei in Deutschland gut aufgestellt. MV sei Teil der hervorragenden Impfforschung. So habe die Universitätsmedizin Greifswald im regulären Betrieb innerhalb weniger Wochen eine Erklärung für den zugrundeliegenden Mechanismus von Hirnvenenthrombosen gefunden, einen Test entwickelt und eine Therapie vorgeschlagen. „Da sehen Sie, wie wehrhaft und gut finanziert, wie gut aufgestellt wir in Deutschland bei der Impfforschung sind.“ Er betonte: Das Post-Covid und das Post-Vac-Symptom (Vac = Abkürzung für Vaccination/Impfung) hätten den gleichen Mechanismus. Die Forschungsgelder seien sehr gut eingesetzt.

Die FDP verteidige die Freiheit von Forschung und Lehre, erklärte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). Aufgabe der Politik sei es, Strukturen und einen finanziellen Grundrahmen zu schaffen. „Über den Forschungsgegenstand und das For-

schungsdesign entscheiden die Wissenschaftler selbst.“ Schließlich seien sie die Experten auf dem Gebiet und könnten Aussichten und Dringlichkeit eines Themas am besten einschätzen. „Dass Universitäten, ohne einen Antrag zu stellen, zu einer Forschung genötigt werden, mit einem Budget, das sich an keinerlei realem Bedarf orientiert, ist anmaßend, unökonomisch und etwas wissenschaftsfern“, sagte Becker-Hornickel. Die FDP unterstütze die Forschungen zu Impfnebenwirkungen. „Diese Forschungen finden statt.“ Der Versuch der Vereinahmung widerspreche dem Grundgedanken der Wissenschaftsfreiheit. „Und die lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen.“

Wie **Christine Klingohr** (SPD) sagte, habe sich der Landtag mit großer Mehrheit entschlossen, mit Mitteln aus dem MV-Schutzfonds das Institut Long Covid von Dr. Jördis Frommhold zu unterstützen. „MV nimmt hier eine Vorreiterrolle ein.“ Das Land erhalte damit ein Zentrum, in dem Fachwissen gebündelt wird und Long-Covid-Betroffene eine Anlaufstelle erhalten. Frommhold habe damit als Hauptaufgabe eine Patienten-Lotsenfunktion mit dem Schwerpunkt der Versorgung von Betroffenen. Mit wenig Aufwand lasse sich herausfinden, dass sich sowohl das Long-Covid-Institut in Rostock als auch die Unimedizinen von Anfang an mit Impfnebenwirkungen beschäftigt haben. An der Unimedizin Greifswald sei mit Prof. Andreas Greinacher an der Spitze ein Forschungsprojekt zu den gesundheitlichen Folgen von Corona-Impfungen durchgeführt worden. Dafür habe das Forschungsteam den Preis der Deutschen Hochschulmedizin 2022 erhalten. „Was uns hier in MV wirklich ein Stück stolz machen darf.“

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 8/1739

Beschluss

Ablehnung des Antrags

Keine Entlastung von der Belastung

Die Freibeträge der Erbschaft- und Schenkungsteuer sind ausreichend

Die vor 13 Jahren festgelegten Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer dienten der gezielten Entlastung der Begünstigten. Seitdem sind die Immobilienpreise sowohl durch rege Nachfrage als auch Inflation beträchtlich gestiegen. Zusätzlich verursachte die im Jahr 2021 eingeführte Immobilienwertermittlungsverordnung höhere Werte bei Immobilieneigentum. Erbschaft- und Schenkungsteuer sind reine Ländersteuern. Darum signalisierte die Bundesregierung, eine Erhöhung der Freibeträge mitzutragen, sollte es eine Bundesratsinitiative der Länder mit einem konkreten Vorschlag zur Neugestaltung der Beträge geben. Die FDP-Fraktion vertritt den Standpunkt, dass inflationsbedingte oder durch formale Vorgänge verursachte Steuererhöhungen ohne politische Untersetzung entweder vermieden oder nachträglich korrigiert werden müssten. Aus diesem Grund forderte die FDP die Landesregierung auf, die angestrebte Bundesratsinitiative zu unterstützen. Die AfD begleitete die FDP-Drucksache mit einem Änderungsantrag, da sie einen zunehmenden Anteil unverheirateter oder kinderloser Erblasser erwarte. Hier sei eine Korrektur der Freibeträge für Personen der Steuerklassen II und III notwendig.

Sterben sei eine „höchst private Angelegenheit“ gab René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) zu bedenken. Seine Fraktion wolle mit ihrem Antrag hinterfragen, ob das Verhältnis der Beteiligung des Fiskus an diesen privaten Vorgängen ausgewogen sei. Denn die Freibeträge wurden einst eingeräumt, damit den Erben am Ende noch etwas bleibe.

Wenn die Vermögenspreise stiegen und die Nachfrage hoch bliebe, der Freibe-



Foto: nordreport

Überschreitet das Erbe die Freibeträge, muss Erbschaftsteuer gezahlt werden.

trag aber seit 13 Jahren konstant sei, dann nehme der Staat stetig mehr vom privaten Vermögen. Die FDP sah darin eine verdeckte Steuererhöhung, einen „unehrlichen“ Prozess einer „schleichenden Enteignung“. Viele Familien seien davon betroffen und daher sei es „alle Mühe wert, die Landesregierung aufzufordern, sich im Bundesrat mit den anderen Landesregierungen dafür einzusetzen, dass wir hier eine Anpassung der Freibeträge vornehmen“, schlussfolgerte der Abgeordnete.

Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD) zeigte sich überzeugt, dass die Freibeträge trotz Inflation, trotz steigender Immobilienpreise und auch trotz der Anpassung zur steuerlichen Grundstücksbewertung ausreichen. Ehe- oder Lebenspartner hätten Anspruch auf einen Freibetrag von 500.000 Euro, zuzüglich weiterer Befreiungen von bis zu 300.000 Euro, argumentierte der Minister. Für Kinder gelten 400.000 Euro und für Enkel 200.000 Euro. Tatsache sei, dass die Erbschaftsteuer „die einzige relevante Steuer“ auf Vermögen in Deutschland sei. Das sei im europäischen Vergleich eine „vergleichsweise geringe Vermögensbesteuerung“, gab Dr. Geue zu bedenken. Höhere Freibeträge würden die oberen Zehntausend entlasten, während sie für die Mittelschicht in MV „ins Leere laufen“. Eine andere Folge wäre, dass wohlhabende Länder weniger Mittel in den Länderfinanzausgleich einzahlten und MV weniger Transferleistung bekäme.

Die Freibeträge seien „gelinde gesagt veraltet“, widersprach Martin Schmidt (AfD) dem Finanzminister. Bei stagnierenden Freibeträgen und gleichzeitig „explodierten“ Immobilienpreisen trüge die Inflation das Restliche dazu bei. Grundsätzlich unterstütze die AfD das „honorige Anliegen“ der FDP. Aber deren Antrag greife etwas zu kurz, weil diese Freigrenze in lukrativen Lagen häufig erreicht werde. Die Erben von „Omas Haus“ seien dann mit der Steuerlast überfordert und „das sind eben nicht die oberen Zehntausend“. Darum plädierte die AfD in ihrem Änderungsantrag für eine „substantielle Anhebung aller Freibeträge“, speziell für Personen der Steuerklassen II und III. Zudem solle sich die Landesregierung vorausschauend für eine Indexierung (Anpassung der Freibeträge an Inflation) der Freibeträge stark machen. Die AfD halte es für „eine moralisch heikle Angelegenheit“, den „Tod von Menschen als Anlass zu nehmen, um sich als Staat Geld anzueignen“. Damit müsse sorgsam umgegangen werden.

Es ginge nicht um Immobilien-Mogule oder vermögende Unternehmen. Die hätten „tolle Möglichkeiten“, um Vermögens- oder Steuerbelastungen zu verringern, führte Christiane Berg (CDU) aus. Es betreffe hier Privatleute oder Eigentümer kleiner Immobilien. „Die Kombination der geänderten Immobilienwertverordnung mit den Preissteigerungen der letzten Jahre“ bewirke, dass Erben von ganz normalem, selbst genutztem Wohnraum die Finanzierung von Erbschaftsteuer und notwendigen In-



René Domke (FDP)

Dr. Heiko Geue
Finanzminister

Martin Schmidt (AfD)



Christiane Berg (CDU)



Torsten Koplín (DIE LINKE)

Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tilo Gundlack (SPD)

standhaltungsmaßnahmen nicht hinbekämen. Eine angemessene Anhebung der Freibeträge „ist nicht nur gerechtfertigt, sondern erforderlich“, mahnte die Politikerin. Sie bedauere die zögerliche Haltung des Landes zu der von der Berliner Ampelregierung angeregten Gesetzesinitiative im Bundesrat. Die vom Bundesfinanzminister Christian Lindner vorgeschlagene Anhebung um 25 Prozent sei aus der Sicht der CDU „eine Diskussionsgrundlage“ und darum werde sie dem FDP-Antrag zustimmen.

Für **Torsten Koplín** (DIE LINKE) gehörte zur Debatte auch, dass diese Steuern für Bildungsausgaben, Infrastruktur und „die Zukunft des Landes“ benötigt würden. Er kritisierte, dass sich die FDP für „leistungsloses Vermögen“ einsetze, das den Erben oder Beschenkten „zufalle“. Sonst betone die FDP stets, dass sich Leistung lohnen müsse.

Insgesamt betreffe die Steuer einen kleinen Teil der Bevölkerung, deren Rechte „durch die Freibeträge gewahrt“ blieben, verdeutlichte der Abgeordnete. Er verwies auf den volkswirtschaftlichen Aspekt der 2,5 Prozent Kapitalrendite durch Immobilien, während das Wachstum durch Arbeit bei 0,2 Prozent liege. „Die aus der Vergangenheit stammenden Reichtümer vermehren sich also ohne Arbeit schneller als die Reichtümer, die durch Arbeit geschaffen und angespart werden können.“ Dies „zementiere“ die Ungleichheiten in der Gesellschaft, polarisiere in Arm und Reich. Das wolle DIE LINKE nicht und lehne den Antrag ab.

„In Mecklenburg-Vorpommern wird vergleichsweise wenig vererbt“, stellte **Dr. Harald Terpe** (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) klar. Mit weniger als 30 Millionen Euro Erbschaftsteuer jährlich sei das „nur etwa ein Achtel des durchschnittlichen bundesweiten Aufkommens“. Die Frage sei, ob sich das Land die Erhöhung der Freibeträge und damit einen Verzicht auf die Steuereinnahmen leisten könne und sollte. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei die Erbschaftsteuer eher eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, um die Ungleichheit in der Vermögensverteilung zu mildern. Dies sei „ganz klar [eine] staatliche Aufgabe“, gar eine Verpflichtung, so Dr. Terpe. Der typische Zahler der Erbschaftsteuer sei eben nicht der Erbe von „Omas kleinem Häuschen“, sondern von großen oder sehr großen Vermögen. Das betreffe tatsächlich nur zwei Prozent der Bevölkerung in MV. Süddeutsche Länder würden von einer Anhebung profitieren, MV aber nicht. Er könne nur empfehlen, diesen Antrag abzulehnen.

Tilo Gundlack (SPD) verwies auf sein eigenes Haus, dessen Wert sich seit Kauf verdreifacht habe. Damit kämen seine Erben in den Genuss eines „leistungslosen Vermögens“, ohne jemals was dafür getan zu haben, merkte der Abgeordnete kritisch an.

Bei ungefähr 30.000 Fällen von Erbschaftsteuern in MV sollte man ehrlich zugeben: „das betrifft tatsächlich nur die oberen zwei oder ein Prozent“.

Wichtig war Tilo Gundlack der Hinweis, dass lediglich Bayern und Hessen die Erhöhung anstrebten, „also die reicheren Länder“. Er wolle nicht die Arbeit für die FDP machen, die sich mit einer Anhe-

bung der Freibeträge im Koalitionsvertrag nicht durchsetzen konnte und nun über eine Länderinitiative ihr Ziel erreichen wolle. Diese Herangehensweise sei „unredlich“ und „da spielen wir auch nicht mit“. Der Abgeordnete schlug ein Expertengespräch im Finanzausschuss vor, beantragte aber keine Überweisung.

René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) hätte sich mehr Sachlichkeit in der Debatte gewünscht. Er sehe die eigenverantwortliche Vermögensbildung innerhalb einer Familie als eine Entlastung des Staates und als verantwortliches Handeln für die nächste Generation. Diese Haltung erfuhre in der Diskussion wenig Respekt. Er sei sich sicher, dass das Thema spätestens mit den zu erwartenden Grundsteuerbescheiden wieder auf die Tagesordnung käme. Der FDP-Politiker sei unbedingt dafür, Sachverständige einzuladen und beantragte die Überweisung in den Finanzausschuss.

Das Votum von FDP, CDU und AfD für Überweisung und Antrag reichte nicht für die Annahme aus. Dem Änderungswunsch der AfD folgte keine der anderen Fraktionen.

Antrag FDP

Drucksache 8/1750

Antrag AfD

Drucksache 8/1791

Beschluss:

Ablehnung des Änderungsantrages

Ablehnung der Überweisung des Antrages

Ablehnung des Antrages

Meldungen

Suche nach atomarem Endlager

Die Fraktionen von SPD und LINKE haben vom Bund einen Arbeits- und Zeitplan für die Suche nach einem atomaren Endlager gefordert. Auch müsse die Finanzierung für die Zwischenlagerung geklärt werden. Hintergrund sei, dass laut Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) die Standortentscheidung frühestens 2046, spätestens aber 2068 getroffen wird, sagte Monique Wölk (SPD). „Die Aufbewahrungsgenehmigung für die ersten Castor-Behälter im Zwischenlager Nord in Lubmin endet bereits 2036.“ Umweltminister Till Backhaus (SPD) sieht durch die Verzögerungen Auswirkungen auf das Zwischenlager in Lubmin. Nach seinen Besuchen in Lubmin sei er jedoch überzeugt: „Diese Technologie ist ungeeignet, die Energiesicherheit in Deutschland und der Welt zu gewährleisten.“ Laut Petra Federau (AfD) sollten Endlager anders benannt werden. „Nennen wir es die Suche nach einem zukunftsfähigen Wertstofflager.“ Denn ausgediente Brennelemente könnten in Zukunft als Wertstoff genutzt werden. Beate Schlupp (CDU) kritisierte den Antrag als handwerklich und inhaltlich schwach. Die SPD sei im Bund in den letzten zwei Legislaturen für die Endlagersuche zuständig gewesen. Und nun werde die mangelnde Umsetzung kritisiert. Daniel Seiffert (DIE LINKE) bekräftigte, dass der Bund eine Strategie zur Zwischenlagerung erarbeiten muss. Gleichzeitig müsse der Bund die Kosten für die Endlager-Suche übernehmen.

Zwischenlager Lubmin

Das Zwischenlager Nord ist eine kerntechnische Anlage zur Aufbewahrung von schwach-, mittel- und hochradioaktivem Abfall. Es liegt an der Grenze des ehemaligen Kernkraftwerks Greifswald-Lubmin. Das Zwischenlager Nord ist eines von drei zentralen Zwischenlagern in Deutschland. Die beiden anderen sind das Zwischenlager Gorleben (Niedersachsen) und das Zwischenlager Ahaus (Nordrhein-Westfalen).

„Die Standortsuche ist ein komplexes, wissenschaftliches und gesellschaftliches Großprojekt, für das es kein Vorbild gibt“, sagte Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Es sei deshalb nicht überraschend, dass der Termin 2031 für die Festlegung eines Endlagers nicht zu halten sein wird. Sandy van Baal (FDP) kritisierte, dass das BGE eine Übersicht mit den Teilgebieten veröffentlicht hat, die noch im Endlager-Findungsprozess sind. „Diese Feststellung spielt meiner Meinung nach mit der Angst der Bürger.“ *Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE*

Drucksache 8/1581

Annahme des Antrags

Klimaproteste ja – Extremismus nein

In der Antwort einer Kleinen Anfrage der AfD vom 15.11.2022 habe die Landesregierung bestätigt, dass es vereinzelte linksextreme Unterwanderung der Klimabewegung gebe. Kurz darauf wurden im Nordrhein-Westfälischen Lützerath Polizisten mit Steinen und brennendem Benzin attackiert. Solche „potenziell tödlichen“ Angriffe seien „kein Aktivismus mehr, das ist Terror, politischer Terror gegen Einsatzkräfte, gegen den Staat“, urteilte die AfD. Auch Straßenblockaden gefährdeten Menschenleben, wenn Rettungsfahrzeuge nicht zum Notfalleinsatz durchkämen. Da die Klimabewegung angekündigt habe, ihre Aktionen dauerhaft und bundesweit auszubauen, wolle die AfD-Fraktion mit der Aussprache zum Thema „Klimaextremismus verurteilen“ eine „eindeutige Positionierung seitens der Landesregierung gegen derartige Aktionen“ erreichen.

Einhellig lehnten alle Landtagsfraktionen Straftaten ab, sahen aber in legitimen Protesten einen Ausdruck der verfassungsrechtlich verankerten Meinungsfreiheit. Es gebe keine politische Überzeugung, so Innenminister Christian Pegel (SPD), die Straftaten rechtfertige. Doch nicht jede Straftat sei Extremismus. Den Klimaaktivisten ginge es um Aufmerksamkeit, verdeutlichte die CDU. Die Fraktion halte die Distanzierung zu Straftätern für selbstverständlich. DIE LINKE billige nicht jede Aktion

der Letzten Generation. Aber das Ahnden von Straftaten obliege im Rechtsstaat den zuständigen Einrichtungen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeute Klimaextremismus das Leugnen des Klimawandels sowie die Verhinderung von Klimaschutz durch Verfälschung und Desinformation. „Jeder Extremist ist Mist“, egal welcher Gesinnung, stellte die FDP klar. Dennoch sei eine Differenzierung nötig, statt pauschal von „Klimaextremisten“ zu reden. Die SPD warf der AfD „Stimmungsmache“ gegen eine kleine Gruppe mit „streitbaren Aktionen“ vor. Für die Verurteilung von Gesetzesverletzungen sei in einer Demokratie aber nicht der Landtag zuständig.

Antrag AfD

Es fand eine Aussprache statt.

Werbung für Balkon-Kraftwerke

Stromkosten sparen und zum Umweltschutz beitragen – ein Balkon-Kraftwerk könne dies ermöglichen, argumentierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Laut einem Urteil des Amtsgerichts Stuttgart vom 30. März 2021, hätten Mieter sogar einen Anspruch zur Anbringung von steckerfertigen Photovoltaikanlagen. Nämlich dann, wenn die Anlage „baurechtlich zulässig, optisch nicht störend, leicht zurückbaubar und fachlich ohne Verschlechterung der Mietsache installiert wird sowie keine erhöhte Brandgefahr oder sonstige Gefahr von der Anlage ausgeht“. Während viele Wohneigentümer die 500 Euro staatliche Förderung bereits in Anspruch genommen hätten, riefen sehr wenige Mieter die Gelder ab. Darum wollte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Landesregierung Mieter über ihren Anspruch auf die Installation steckerfertiger Photovoltaikanlagen und das Landesförderprogramm verstärkt aufklärt. Sein Ministerium arbeite „mit Hochdruck“ daran, Hemmnisse für Mieter zu beseitigen, berichtete Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus (SPD). Er setze dabei auch auf eine Bundesinitiative.

Solarstrom trüge nicht zum Gelingen „der viel beschworenen Energiewende“ bei. An diesem „Irrweg“ werde sich die AfD nicht beteiligen. Das Stuttgarter Ur-

teil sei eine Einzelfallentscheidung, ohne einen generellen Rechtsanspruch, gab die CDU zu bedenken. Sie lehne den „gut gemeinten“ Antrag ab. DIE LINKE empfahl, die Entscheidung der Justizministerkonferenz zur Erleichterung der Installation von Mini-Photovoltaikanlagen abzuwarten. Die vom Antragsteller geforderte Werbekampagne halte die FDP für falsch, denn damit würde das Land sich als Rechtsberater positionieren.

Das Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei im Kern richtig, pflichtete die SPD bei.

Jedoch wäre es besser, die Vermieter und Kommunen zu informieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedauerte, dass alle Fraktionen das Problem erkannt hätten, aber die Verantwortung beim Bund sehen.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

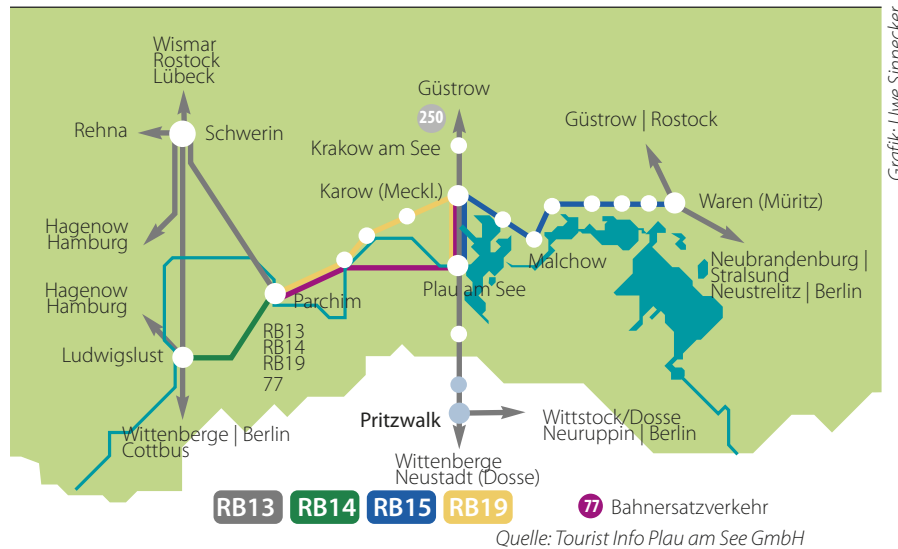
Drucksache 8/1585

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

Bahnstrecken erhalten und modernisieren

Das Auto stehen lassen, auf die Bahn umsteigen und zum Klimaschutz beitragen. Für so eine Realität müssten Verbindungen und Zubringerverkehr häufiger, attraktiver und effektiver werden, warben CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in ihrem Antrag für einen nachhaltigen ÖPNV. Während das Land Brandenburg die Bahnlinie Berlin-Rostock über Kyritz, Plau und Güstrow bis 2025 weiter betreiben werde, wolle MV zunächst ein Wirtschaftlichkeitsgutachten erarbeiten. Vorrangig auf Kosten und Nutzen zu schauen, verdeutlichte die Opposition, sei nicht ambitioniert genug. Denn die Südbahn und die Nord-Süd-Strecke könnten die Region Ludwigslust-Parchim an die Metropolen und das bundesweite Fernverkehrsnetz anbinden. Dieses Potential für die Mobilitätswende müsse erhalten bleiben, auch wenn sich die Kosten erst langfristig rechneten, argumentierte die CDU. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) verteidigte die Kosten-Nutzen-Analyse, ohne die es keine Bundesmittel gebe.



Die Südbahn verkehrt mit den Linien RB19 und RB15 als Saisonverkehr vom 06.04 bis zum 10.04.2023 und vom 17.5. bis zum 10.9.2023. Als Nord-Südstrecke gilt die Verbindung zwischen Güstrow und Pritzwalk.

Die AfD befürwortete die „deutliche Verbesserung“ des ÖPNV im ländlichen Raum, aber auch dessen Wirtschaftlichkeit. Ihr Änderungsantrag sprach sich für den Erhalt des Wettbewerbs von Bahn und Bus aus. Eine „positive Wirtschaftlichkeitsbewertung“ sei Grundlage für eine Förderung, die der Bund ab 2025 verdoppeln werde, gab DIE LINKE zu bedenken. Effektivität entstünde durch integrierte, nicht parallele Verkehrskonzepte.

Mit einer verbesserten Südbahn und einer Reaktivierung der Nord-Süd-Strecke sehe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Land „mobilitäts- und tourismuspolitisch klar in Richtung Zukunft“ positioniert. Dazu gehöre nach Vorstellung der FDP, den „Schienenverkehr als Ganzes“, als ein „Metropol-MV-Konzept“, mit Anbindungen an Hamburg, Berlin, Stettin zu betrachten.

Das Gutachten würde tragfähige und finanzierbare Perspektiven der Südbahn und die Mobilitätsbedarfe über die Landesgrenzen hinaus berücksichtigen, versicherte die SPD.

Dem Änderungsantrag der AfD stimmte nur die AfD zu. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE, bei Enthaltung der AfD abgelehnt.

Antrag CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

Drucksache 8/1744

hierzu

Änderungsantrag der Fraktion der AfD

Drucksache 8/1789

Beschluss:

Ablehnung des Änderungsantrages

Ablehnung des Antrages

Universität Rostock soll Juristen ausbilden

Die FDP-Fraktion hat die Einrichtung des Studiengangs Jura an der Universität Rostock gefordert. Das Land stehe beim Engagement von Juristen in bundesweiter Konkurrenz, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende René Domke. Auch die Digitalisierung der Justiz komme nicht voran. „Ich habe noch nicht wahrgenommen, welches Programm die Koalition da fahren will.“

Justizministerin Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) verwies auf das Personalnachbesetzungskonzept. „Die Justiz wird sich durch dieses Konzept durchgängig verjüngen können“, betonte die Ministerin. Bei der Digitalisierung müsse sich die Justiz als moderner Arbeitgeber aufstellen.

„Die Gerichte und Staatsanwaltschaften ächzen unter einer unzureichenden Besetzung“, erklärte Paul-Joachim Timm (AfD). Mit dem Jura-Studiengang in Rostock könne das Land dem Bedarf gerecht werden. Um die „Juristerei“ ist es laut Sebastian Ehlers (CDU) in MV schlecht bestellt. So mussten jüngst sechs Juristen aus Bayern in den Norden kommen, um beim Genehmigungsverfahren für Flüssiggasterminals auszuhelfen.

Der SPD-Abgeordnete Robert Northoff (SPD) sah dagegen keinen Bedarf für den Jura-Studiengang. „Ich darf daran erinnern, dass vor etwa 15 Jahren hier beschlossen wurde, diesen Studiengang in Rostock nicht weiter zu verfolgen.“

„Damit der Rechtsstaat funktioniert, braucht es eine gut ausgestattete Justiz“, betonte Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die bis 2033 durch Pensionierung freiwerdenden 260 Richterstellen und 66 Stellen in Staatsanwaltschaften müssten ohne Wenn und Aber nachbesetzt werden.

Auch Michael Noetzel (DIE LINKE) wies auf die Pensionierungswelle hin. Er gab jedoch zu bedenken: „Selbst wenn wir Rostock schnellstmöglich wieder eröffnen, hätte uns der Scheitelpunkt der Pensionierungswelle längst überrollt, wenn uns die Juristinnen und Juristen aus Rostock endlich zur Verfügung stünden.“

Antrag der Fraktion FDP

Drucksache 8/1562

Beschluss in namentlicher Abstimmung:

Ablehnung des Antrags

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/1632

Beschluss:

Ablehnung des Änderungsantrags

Keine Änderung der Schullaufbahneempfehlung

■ Die AfD im Landtag will die Schullaufbahneempfehlung für den Übergang ins Gymnasium verändern. Statt einem Notenschnitt von bisher 2,5 solle künftig als Maßgabe die 2,0 stehen. „Wir wollen die Kinder nicht diskriminieren, das ist mitnichten so“, betonte Enrico Schult (AfD). Die Hürden sollen lediglich ein wenig höher gelegt werden. Damit wolle die AfD das Niveau an den Regionalschulen und den Gymnasien heben. Andreas Butzki (SPD) widersprach der AfD. „Der in dem Antrag bemühte Begriff vom Akademisierungswahn geht an der Realität vorbei.“ Dieser Trend sei zum Stillstand gekommen. Knapp die Hälfte

der Abiturienten beginne eine duale oder schulische Ausbildung. Hamburg habe eine Abiturientenquote von 54,4 Prozent, der Deutschlandschnitt liege bei 34,1 Prozent, MV habe 38,1 Prozent. Es gebe keine überbordende Akademisierung. Für Torsten Renz (CDU) ist die Änderung der Schullaufbahneempfehlung kein Mittel, die Regionalschulen zu stärken. „Bildung muss etwas größer gedacht werden“, betonte Renz. Dazu sei auch ein gesellschaftlicher Konsens notwendig. „Das setzt aber voraus, dass man sich auf das Wesentliche konzentriert.“ Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte, dass der AfD-Antrag nicht in ausreichendem Maß die Rolle der Eltern berücksichtige. Er lasse auch außer Acht, dass viele Betriebe mit Ausbildungsberufen Abiturienten auswählen, weil die Regionalschulen nicht gut genug seien, sagte sie. „Das mag mancherorts trauriger Fakt sein.“ Dafür könne man aber nicht den Schülern die Schuld geben.

„Es besteht das Recht auf freie Schulpflicht“, betonte Sandy von Baal (FDP). Der AfD-Gesetzentwurf nehme beispielsweise Spätändern die Chance auf weiterführende Bildung. Den jungen Menschen sollten die Türen offengehalten werden, damit ihr Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben mit einem erfolgreichen Schulabschluss gelingen kann.

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 8/1484

Beschluss

Ablehnung des Antrags

Vereinbarkeit von Energiewende und Denkmalschutz

■ Der schnellere und einfachere Ausbau der Erneuerbaren Energien solle nicht am Denkmalschutz scheitern. Darum brachte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen entsprechenden Gesetzesentwurf ein. Windenergieanlagen könnten demnach in geringerer Entfernung von Baudenkmalen errichtet werden. Grundlage wäre eine von den zuständigen Fachministerien erarbeitete Liste von „bedeutenden, raumwirksamen“ Bau- sowie „landschaftsprägenden“ Bodendenkmalen, die bereits bei der Ausweisung von Windschutzgebieten berücksichtigt

werde. Eine weitere, spätere Denkmalschutzprüfung könne dann entfallen. Solaranlagen würden montiert, „wenn in das äußere Erscheinungsbild nur reversibel oder in die Substanz des Denkmals nur geringfügig eingegriffen wird“.

„Klare und landesweit einheitliche Entscheidungsgrundlagen“, so BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, harmonisierten Denkmalschutz mit der Nutzung Erneuerbarer Energien. Um Experten anzuhören, beantragte die Fraktion die Überweisung in die Ausschüsse.

Der Gesetzentwurf ginge von „falschen Prämissen aus“, denn der Vorrang für „überwiegendes öffentliches Interesse“ sei gängige Praxis, stellte die Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) richtig.

Was genau sei „überragendes öffentliches Interesse“ oder „geringfügiger Eingriff“, fragte die AfD und lehnte die Überweisung ab. Eine abschließende Liste führe zu

Denkmalen erster und zweiter Klasse, folgerte die CDU und votierte für eine klärende Diskussion im Ausschuss. DIE LINKE sehe keine Notwendigkeit der Überweisung, denn die Ministerin agiere hier bereits im Sinne der Sache. Zur Beschleunigung der Verfahren brauche es mehr Standards und darum befürworte die FDP das Ansinnen. Unvollständige Unterlagen verzögerten die Verfahren, nicht der Denkmalschutz. Der Gesetzentwurf ginge von inkorrekten Tatsachen aus, kritisierte die SPD und sah keine Notwendigkeit zur Überweisung.

Gesetzentwurf

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/1742

Beschluss:

Ablehnung der Überweisung



Fotos: Uwe Sinnecker

René Domke (FDP) stellt eine Frage an Justizministerin Jacqueline Bernhardt.



Justizministerin Jaqueline Bernhardt

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

René Domke, FDP:

[...] Mir geht es tatsächlich noch mal – wir hatten das Thema gestern auch schon gestreift – um diesen, ja, Stellenpool beziehungsweise Demografiestellenpool.

Frau Ministerin, ich habe die Frage, wie muss man sich das jetzt vorstellen: Wie hat man sich ressortübergreifend geeinigt, wie dieser Demografiestellenpool befüllt wird? Und warum konnten Sie gerade für Ihren Geschäftsbereich nicht durchbringen, dass dieser ausgenommen wird, wo wir auch gerade gestern das Problem „Fachkräftesicherung für den Justizbereich“ so besprochen haben? Vielleicht können Sie das mal ausführen.

Ministerin Jacqueline Bernhardt:

Sehr geehrter Herr Domke, vielen Dank für Ihre Frage! Sie haben es gerade beschrieben und auch mehrfach in den letzten Landtagsitzungen aufgezeigt, das Problem, was wir einfach als Land insgesamt haben, dass wir vor einem Bevölke-

rungsrückgang stehen, dass wir vor einer Fachkräfteproblematik im gesamten Bereich der Landesverwaltung stehen, und eben auch im Bereich der Justiz, macht sich bei uns bemerkbar. Deshalb ist auch der Bereich Justiz in diesen Nachbesetzungsverfahren mitenthalten, mit einer Besonderheit, die wir auch gemeinsam mit dem Finanzministerium besprochen haben, dass es natürlich immer darum geht, den Justizgewährungsanspruch zu gewährleisten.

Weil Sie gefragt haben, wie befüllen wir jetzt den Demografiepool: Herr Dr. Geue, mein Kollege, war ja am Dienstag bei Ihnen in der Fraktion und hat Ihnen das meines Erachtens sehr gut erklärt. Es ist so, dass dieser Stellenpool gebildet wird, indem für die Haushaltsjahre 2024 bis 2030 auf Grundlage der Stellen aller Kapitel des jeweiligen Einzelplans jährlich mit Wirkung zum 1. Januar des Folgejahres freie Stellen und Stellenanteile im finanziellen Gegenwert von 1,2 Prozent der Personalausgabenäquivalentsumme der Stellen des Regelbereichs in die Maßnahme-

gruppe 96 in den Demografiepool übertragen werden. Wie Sie dem Konzept dann weiter entnehmen können oder wie Herr Geue bestimmt vorgetragen haben wird, sind wir dann gefordert, als Ressort Modernisierungs- und Optimierungskonzepte vorzustellen. Das hatte ich gestern in der Rede dargestellt, dass wir da mit der Justiz auf wirklich gutem Wege sind, beispielsweise durch die E-Akte, beispielsweise durch die Organisationsuntersuchungen an den Gerichten mit dem Ziel, hier für eine gute Organisation zu sorgen, auch mit Blick auf die E-Akte, wie das umgesetzt werden kann. Insofern sind wir optimistisch, dass wir die MOKs, die jetzt schon am Laufen sind, die Modernisierungs-/Optimierungskonzepte, dann auch, wenn es darum geht, Stellen wieder aus dem Demografiepool zu übertragen, dauerhaft in das Ministerium, da natürlich dann auch Berücksichtigung finden.

Präsidentin Birgit Hesse:

[...] Herr Domke, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

René Domke, FDP:

Ja, sehr gern. Also die Vertiefung, das machen wir dann im Rechtsausschuss. Sie haben es ja gestern noch mal gesagt, dass wir das dann da besprechen können. Aber eine Nachfrage hätte ich tatsächlich zu diesem Nachwuchskräftepool von den 35 Stellen, wo die jungen Juristen, so habe ich das jetzt verstanden, Juristinnen, in ein Traineeprogramm gesteckt werden. 35 Stellen sollen es sein. Das wird jetzt nicht allein der Justizbereich sein. Aber wie muss ich mir das vorstellen? Wie sind die Zugangsvoraussetzungen, wie lange soll so was dauern, welche Ressorts sind wie davon betroffen? Gibt es da eine Aufteilung? Ich kann mir vorstellen, Justiz ist da vielleicht vorne dabei. Vielleicht können Sie da noch mal ausführen, was Sie sich darunter vorstellen und wie die Menschen, die jungen Juristinnen und Juristen, Zugang bekommen.



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fotos: Uwe Sinnecker

Ministerin Jacqueline Bernhardt:

Das unterliegt ja der Federführung des Finanzministeriums. Insofern würde ich Sie auch bitten, die Fragen da zu stellen.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

[...] Sehr geehrter Herr Minister, vielleicht können Sie es sich schon denken, ich hatte zur Befragung der Landesregierung vor knapp fünf Monaten, am 8. September 2022, Sie gefragt, wie sich die in der gemeinsamen Erklärung zwischen Land und Stiftung getroffene Vereinbarung, Mitarbeitende der Stiftung ohne Ausschreibung auf neu zu schaffende Stellen, angesiedelt bei der LEKA, zu setzen, mit der Chancengleichheit durch Ausschreibungserfordernis vereinbaren. Dieses Ausschreibungserfordernis leitet sich verbindlich aus dem Grundgesetzartikel 33 Absatz 2 für sämtliche vom Staat bereitgestellte Positionen ab, insbesondere auch Stellen bei öffentlichen Betrieben in privater Rechtsform, soweit die Stelle der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dient. Dies ist bei der LEKA ja unstrittig der Fall. Sie hatten damals geantwortet, das ist jetzt ein Zitat: „Zu diesem Komplex laufen derzeit Gespräche noch, die noch nicht abgeschlossen sind.“ Da nunmehr etliche Monate vergangen sind, möchte ich meine Frage einfach erneuern und gern wissen, ob die Gespräche inzwischen abgeschlos-



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer

sen werden konnten und zu welchen Ergebnissen sie geführt haben.

Minister Reinhard Meyer:

[...] Sehr geehrter Herr Damm, diese Gespräche sind natürlich weitergefallen, wir sind auch kurz vor einer Finalisierung. Es gibt allerdings gesellschaftsrechtliche Fragen, arbeitsrechtliche Fragen, die nicht trivial sind, die wir gemeinsam mit der Stiftung und der Stiftungsspitze erörtert haben.

Bei der Frage der Ausschreibung haben wir eine andere Auffassung, als Sie kundgetan haben, sondern es geht um die Integration einer bestehenden Einheit in der Klimaschutzstiftung in die LEKA. Und das kann man ohne entsprechende Ausschreibung mit entsprechenden Vereinbarungen, die wie gesagt gerade finalisiert werden, gestalten.

Präsidentin Birgit Hesse:

[...] Herr Damm, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ja, sehr gerne, weil es mich jetzt überrascht hat, und das möchte ich richtiggestellt oder beziehungsweise verstanden wissen, dass Sie gesagt haben, Sie haben hier einen bestehenden Teil der öffentlichen Verwaltung, die Sie jetzt in die LEKA integrieren möchten, und bis jetzt haben Sie ja nie gesagt, dass die Stiftung ein Teil der öffentlichen Verwaltung wäre, die Sie jetzt nur umsetzen möchten.

Ich habe schon gesehen, Sie haben den Kopf geschüttelt, deswegen meine Frage: Welche bestehende Struktur mit diesen entsprechenden Personalstellen und dann in der Begründung ohne Ausschreibung wollen Sie in der LEKA jetzt integrieren und wie kann damit das Ausschreibungserfordernis ausgehebelt werden?

Minister Reinhard Meyer:

[...] Herr Damm, ich habe an keiner Stelle das, was Sie gerade behauptet haben, von einer Organisationseinheit der öffentlichen Verwaltung gesprochen, wenn es das Klimateam der Klimaschutzstiftung angeht. Insofern bitte ich Sie, das zu korrigieren.

Und zum Zweiten geht es darum, dass man eine Vereinbarung trifft mit der Klimaschutzstiftung und mit den jeweiligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in dem sogenannten Klimateam arbeiten, um sie in die LEKA zu integrieren.

Thore Stein, AfD: Ja,

[...] Laut Antwort auf eine Kleine Anfrage aus dem November letzten Jahres hat sich die Wolfspopulation in Mecklenburg-Vorpommern in den zurückliegenden Jahren mit einer Zuwachsrate von fast 40 Prozent pro Jahr, also über die Jahre gemittelt, entwickelt. Den Zahlen Ihres Ministeriums nach dürfte bei einer Annahme von im Schnitt sieben Tieren je Rudel mittlerweile der Bestand auf über 100 Wölfe in Mecklenburg-Vorpommern angewachsen sein. Und legt man die bisherige Wachstumsrate pro Jahr an, dürften wir die Grenze von 1.000 Wölfen in Mecklenburg-



Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus

Vorpommern im Jahr 2028 erreicht haben.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie fragen, ob es auf Bundesebene inzwischen neue Erkenntnisse hinsichtlich einer Bestandsobergrenze gibt und wo Sie als Landesminister die Grenzen der Verträglichkeit der Populationszunahme hier in Mecklenburg-Vorpommern sehen.

Minister Dr. Till Backhaus:

[...] Sehr geehrter Abgeordneter Stein, wir sind ja in einem Prozess, einer Diskussion. Die Grundsatzfrage, die sich für Deutschland und Europa stellt: Ist der sogenannte gute Erhaltungszustand erreicht, ja oder nein? Nach Aussagen der Bundesregierung ist für Deutschland der gute Erhaltungszustand noch nicht erreicht.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Stein, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Thore Stein, AfD:

[...] Ich hatte ja die zweite Frage gestellt bereits, ich wiederhole sie noch mal: Wie sehen Sie das als Landesminister von Mecklenburg-Vorpommern? Sie sind hier seit vielen Jahren im Amt, Sie können ja sicherlich auch abschätzen, wie sich der aktuelle Bestand aktuell auswirkt und wie es bei der angenommenen Dynamik in den nächsten Jahren hier hinsichtlich des Konfliktpotenzials aussieht.

Minister Dr. Till Backhaus:

Also wir haben ja in der letzten Umweltministerkonferenz das Thema wieder auf der Tagesordnung gehabt und die Bundesregierung gebeten, eine neue Analyse vorzulegen. Ich glaube persönlich, dass es Sinn macht, dass auch die Gesamtpopulation mit der polnischen Tiefebene



Thore Stein (AfD)

verknüpft ist und die mehr oder weniger für die neuen Bundesländer plus Schleswig-Holstein/Niedersachsen eine Art von Population darstellt. Und über diese Frage diskutieren wir mit der Bundesregierung.

Wenn Sie in den Koalitionsvertrag reinschauen, gibt es dort ja auch die Aufforderung, auf Bundesebene sich dem Thema intensiv weiter zuzuwenden. Wir gehen davon aus, dass wir im Frühjahr zur Frühjahrsministerkonferenz weitere Hinweise bekommen, ob man, wenn man es so will, diese, ich sage mal, Population, die in den neuen Ländern, polnische Tiefebene, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, ob man die zu einer biogeografischen Region zusammenfassen kann, ja oder nein, und ob man dann quasi den Prozess des guten Erhaltungszustands noch mal neu beleuchten kann, um gegebenenfalls dann auch erste Ansätze zu finden, wie man mit dieser Gesamtpopulation umgeht.

Und ich will noch mal sagen, ausdrücklich, der Wolf hat auch in Mecklenburg-Vorpommern die Chance zu leben. Das habe ich immer gesagt. Er steht unter strengem Schutz, das wissen Sie, und wenn ich am Sonnabendabend den Hinweis bekomme, dass in der Nähe von Eldena ein Wolf angefahren worden ist, und es entpuppt sich dann zu einem Marderhund, dann kann ich auch nur sagen, es werden auch Dinge hier manchmal in die Öffentlichkeit gebracht oder diskutiert, die dem Wolf eher schaden als ihm nützen.

Katy Hoffmeister, CDU:

[...] Chatbots in aller Munde – der eine, weil er ein Gedicht schreiben lässt, und der andere Liebesbriefe oder einen journalistischen Aufsatz. Aber mir geht es um das Thema der



Katy Hoffmeister (CDU)



Wissenschaftsministerin Bettina Martin

Wissenschaftlichkeit. Seit ein paar Tagen – vielleicht auch schon seit ein paar Wochen – wird es heftig diskutiert, weil offensichtlich nicht mehr erkennbar ist, dass das aus der Feder eines Bots ist und nicht aus der Feder eines Wissenschaftlers. Und dabei geht es um Promotionen und um Hausarbeiten, also um echte Prüfungsleistungen.

Und deshalb meine Frage: Ich weiß, dass die Hochschulen das Thema bewegt, aber mich würde interessieren, ob und inwieweit Sie Erkenntnisgewinn haben, wie die Hochschulen damit gedenken umzugehen, und es ein wesentlicher Faktor ist zur Beeinflussung der Prüfungsleistung, die ja oft aus beiden Teilen, aus mündlicher und schriftlicher Leistung besteht.

Ministerin Bettina Martin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Dieses Thema ist in der Tat gerade in den letzten, ich sag mal, zwei Wochen sehr hochgekocht. Es geht um ein ChatGPT, einen Generator, der Texte

generiert – was ganz anderes qualitativ als das, was bisher über Google möglich war. Ein wirklich, ich würde sagen, ein Paradigmenwechsel in der Generation von Texten, die man aus dem Netz sich generieren kann. Insofern hat das sehr, sehr klar Einfluss auf die Prüfungsverfahren an den Hochschulen, nicht nur dort, aber die Wissenschaft ist sehr, sehr stark davon betroffen.

Aus der Sicht des Ministeriums ist deutlich, dass relativ zügig zu Anpassungen in den Prüfungsverfahren gekommen werden muss. Wir haben in der vergangenen Woche auch die Hochschulen in erster Abfrage erst – wir sind ganz am Anfang dieser Debatte. Man kann nicht erwarten, dass irgendeine der Hochschulen schon Lösungen hat. Was klar ist, ist, dass die Plagiatsoftware, die es gibt, dort nicht greift. Das wird uns nicht helfen. Was auch klar ist, dass jeder Text, der generiert wird, wenn man praktisch dann eine Stunde später dieselbe Frage stellt, ein neuer Text kommt – insofern ein lernendes System. Deswegen werden wir zu Anpassungen kommen müssen in den Prüfungsordnungen an den Hochschulen.

Wir haben vor – also, wie gesagt, eine erste Abfrage ist da, keine der Hochschulen, die bisher geantwortet haben, haben überzeugende Antworten jetzt, wie sie damit umgehen werden –, wir als Wissenschaftsministerium werden zu einem

Gespräch, einem Austausch dazu einladen, recht zügig. Wir werden noch ein bisschen abwarten, dass auch intern in den Hochschulen dort die Debatte geführt werden kann. Wir werden uns dann zusammensetzen, damit wir im Land Mecklenburg-Vorpommern zusammen auch Antworten finden auf diese Veränderungen, die sehr stark auch das Prüfungswesen in der Wissenschaft betrifft.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Frau Ministerin!
Eine Nachfrage?

Katy Hoffmeister, CDU:

Ja, eigentlich, zunächst vielleicht mal einen Co-Kommentator, weil es mich natürlich tatsächlich bewegt, ehrlich gesagt. Weil, wenn wir über Künstliche Intelligenz nachdenken, dann haben wir das im Moment immer betrachtet als, also Fortschritt und also als Innovationsschub. Jetzt sehen wir natürlich in dem einen oder anderen Fall also einen Nachteil darin. Und das bedeutet also aus meiner Sicht nichts anderes als eine prozentuale Verschiebung des Anteils von schriftlicher und mündlicher Leistung. Aber vielleicht kann man KI und damit eben auch die Bots also idealerweise einsetzen, um vielleicht den Lehrbetrieb tatsächlich auch zu effektivieren. Gibt es also auch den gegenteiligen Effekt in Ihren Überlegungen, also nicht nur Einschränkung oder Veränderung der Prüfungsleistungen, sondern auch Veränderung – logischerweise also – des Unterrichts und des Lehrbetriebes?

Ministerin Bettina Martin:

Ich bin davon überzeugt, dass diese Entwicklung ja überhaupt nicht zurückzudrehen ist, sondern sich eher nach vorne entwickelt. Insofern müssen wir natürlich das gesamte Wissenschaftssystem, die gesamte Frage der Lehre in diesem Bezug auch nicht hinterfragen, aber das miteinbeziehen und darüber diskutieren, wie können wir diese Chatbots, dieses neue Generieren von Texten gegebenenfalls auch produktiv für die Lehrer einsetzen. Ich bin sicher – es gibt viele Inter-

views ja in den letzten Tagen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die genau in diese Richtung denken, wie gesagt, wir sind da ganz am Anfang –, aber ich bin sehr offen für diese Debatte, weil ich überzeugt bin, dass wir diese Entwicklung nicht zurückdrehen werden und gemeinsam mit den Hochschulen darüber diskutieren müssen, wie wir bei dieser neue Entwicklung auch nicht nur sozusagen uns dagegen schützen im Kontext der Prüfungsverfahren, sondern dies gegebenenfalls auch kreativ und positiv miteinsetzen.

■ Enrico Schult, AfD:

Der Ort Alt Tellin liegt auch in meinem Wahlkreis. Das ist auch eine Frage, die hätte ich gerne dem Landwirtschaftsminister gestellt. Aber es geht tatsächlich um die Brandschutzvorgaben in diesem Bereich, die sollten strenger gehandhabt werden, so hatte es der Landwirtschaftsminister vor einem Jahr hier kundgetan.

Da würde ich konkret nachfragen: Inwieweit ist da der Stand und was hätte das für Auswirkungen auf den Wiederaufbau der Schweinezuchtanlage in Alt Tellin?

Minister Christian Pegel:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt zurzeit keine nur für Tiergroßhaltungsanlagen spezifizierten Regelungen zum Brandschutz, sondern Sie müssen, wenn Sie von gewissen Grundregeln abweichen wollen – das ist in der Regel der Fall, weil das Sonderbauten sind –, ein auf diesen jeweiligen Bau, den Sie vorhaben, spezifiziertes Brandschutzkonzept erstellen lassen, das hinterher dann entsprechend geprüft wird. Die Vorbereitungen sind relativ weit gediehen für einen solchen spezifizierteren Erlass, der dann sehr klare Vorgaben für solche Großstallanlagen vorgibt. Ich gehe davon aus, dass wir im ersten Halbjahr in die entsprechende Ressortanhörung und danach in die Verbandsanhörung kommen.



Enrico Schult (AfD)

Vorausgegangen ist dem ein längerer Abstimmungsprozess in der Tat mit den Kolleginnen und Kollegen des Landwirtschaftsministeriums, weil wir natürlich auch die Agrarabteilung, die Landwirtschaftsabteilung einbeziehen müssen. Wir verändern teilweise deutlich die Maßgaben, und wir werden sicherlich auch Punkte haben, wo sich Kostenveränderungen in der Bauunterhaltung, aber vor allen Dingen in der Errichtung ergeben. Es geht aber vor allen Dingen darum, dass wir die Hinweise, die wir insbesondere von den Praktikern der Feuerwehren hatten, dass wir die umsetzen, die nicht nur auf Alt Tellin, sondern auf einer Vielzahl anderer Anlagen beruhen, auch anderer Anlagen beruhen. Wie wir denen Aufstellmöglichkeiten, Löschwassermöglichkeiten, aber auch bessere Fluchtmöglichkeiten – ich weiß gar nicht, ob man bei Tieren von Flucht sprechen kann, aber ich glaube, es gibt auch Fluchttiere, von daher passt das ganz gut –, wie man denen also besser das Verlassen der jeweiligen Gebäude für einen Brandfall ermöglicht.

Genau das haben wir aufbereitet und werden das jetzt in den nächsten Monaten gemeinsam mit der Öffentlichkeit, aber vorher innerhalb der Ressorts abstimmen. Zumindest mit dem auch betroffenen Ressort ist das im letzten Jahr geschehen, sodass wir dort weitgehende Einigkeit haben.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister! Herr Schult, möchten Sie eine Nachfrage stellen?



Innenminister Christian Pegel

Enrico Schult, AfD:

Herr Minister, nun ist es auf diesen Großstallanlagen ja häufig so, dass dort auch Photovoltaikanlagen installiert sind. Das war auch in Alt Tellin der Fall, als es zu diesem großen Brand kam. Nun wissen wir ja aus der Praxis, insbesondere von den Kameraden der Feuerwehr, dass es schwierig ist, solche Anlagen zu löschen, wenn Photovoltaikanlagen dort installiert sind. Hat das Auswirkungen auf den Brandschutzlerlass? Ist es in Planung, solche Photovoltaikanlagen auf Stallanlagen nicht mehr zu genehmigen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erinnere mich, dass es einen Punkt gab, muss aber offen eingestehen, ich glaube, der ist sieben Seiten stark, eng bedruckt, dass ich nicht an jedes Detail mich im Konkreten erinnere, zumal das zum Teil sehr spezielle Sachverhalte sind, die eine Rolle spielen. Ich erinnere mich, dass zumindest die Wechselrichter und für ähnliche Dinge gewisse Abschirmungen und Ähnliches vorgeschrieben waren. Nach meiner Erinnerung kommt es zu keiner kompletten Untersagung, aber zu auf den Brandschutz bezogenen konkreteren Regelungen, wie die Dinge dort technisch auszugestalten sind, damit genau solche Sorgen nicht mehr bestehen müssen. Also es gibt konkrete Regelungen, ich kann sie Ihnen aber nicht bis ins Detail nennen.



Am 20. Februar kamen die Abgeordneten zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen.

Fotos: Uwe Sinnecker

Beratung vertagter Tagesordnungspunkte

Dringlichkeitssitzung am 20. Februar

■ Am 20. Februar fand die seitens der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beantragte Dringlichkeitssitzung des Landtages MV statt. Die Abgeordneten beschäftigten sich mit insgesamt 12 Tagesordnungspunkten, die in den letzten Sitzungen nicht behandelt werden konnten.

Die Sitzung begann mit der Beratung des Antrages der Fraktion der AfD, „Zuwendungen an Auszubildende in Berufen mit Fachkräfteengpass“ (Ds. 8/1571). Der Antrag wurde abgelehnt. Im Anschluss beriet das Parlament zu weiteren Anträgen.

Angenommen hat das Parlament den Antrag der Fraktion der FDP, „Hybride Sitzungen kommunaler Gremien dauerhaft ermöglichen“ (Ds. 8/1751) gemäß

dem Änderungsantrag (Ds. 8/1794) der Fraktionen der SPD und DIE LINKE.

Nicht durchsetzen konnten sich die Anträge der CDU „Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen und schwerste Kriminalität effektiv bekämpfen – rechtssicheres Speichern von IP-Adressen ermöglichen“ (Ds. 8/1475) und „Erhöhung der Studienplätze in der Humanmedizin unverzüglich realisieren“ (Ds. 8/1745), sowie der von den Fraktionen CDU und FDP eingebrachte Antrag „Umfassendes Personalkonzept zur nachhaltigen Sicherung der Handlungsfähigkeit der Landesverwaltung“ (Ds. 8/1566). Auch der Antrag „Einführung einer jährlichen Berichterstattung zu den Beteiligungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern und den Vorstands- und Geschäftsführerververgütungen privatrechtlicher und



Landtagspräsidentin Birgit Hesse



Finanzminister Dr. Heiko Geue

öffentlich-rechtlicher Landesbeteiligungen sowie der Sparkassen“ (Ds. 8/1572) der Fraktion der AfD, fand keine Mehrheit im Parlament. Der Antrag der Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Lebensmittelverschwendung entgegentreten“ (Ds. 8/1752 neu), wurde an den Rechtsausschuss überwiesen. Im weiteren Verlauf der Sitzung gab die Landesregierung gemäß § 64 Absatz 3

Fotos: Uwe Sinnecker



Finanzminister Dr. Heiko Geue antwortet auf die Frage des Abgeordneten Enrico Schult (AfD).



Gesundheits- und Sozialministerin Stefanie Drese



Justizministerin Jaqueline Bernhardt



Der Abgeordnete Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt eine Zwischenfrage.



Innenminister Christian Pegel



Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus



Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU

GO LT Antwort auf Kleine Anfragen des Abgeordneten Hannes Damm, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Personelle Stärkung zur Beschleunigung der Energiewende“, „Denkmalschutz und Windenergie“, Verfahrensbeschleunigung zur Genehmigung von Windenergieprojekten in den unteren Naturschutzbehörden“, „Photovoltaik auf Liegenschaften des Landes“.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 30.01.2023

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1489	DIE LINKE, SPD	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 09.11.2022 in Beratung
8/1490	SPD, DIE LINKE	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 09.11.2022 in Beratung
8/1559	Landesregierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesgraduiertenförderungsgesetzes	Wissenschafts- und Europa-ausschuss	1. Lesung: 07.12.2022 in Beratung
8/1578	CDU, FDP	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes - zur Ausführung des Glücksspielstaatsvertragsgesetzes 2021 (Glücksspielstaatsvertragsausführungsänderungsgesetz – ÄndGlüStVAG M-V)		1. Lesung: 07.12.2022 Ablehnung der Überweisung
8/1725	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag)	Innenausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1736	Landesregierung	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1737	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Zusammenlegung von Stichtagsmeldungen bei der Tierseuchenkasse	Agrarausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1742	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern zur Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern		1. Lesung: 25.01.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1743	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Bildungsausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 25. Januar 2023 entschieden | Stand: 30.01.2023

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/1470	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern	B90/DIE GRÜNEN	1. Lesung: 09.11.2022 2. Lesung: 25.01.2023	Ablehnung
8/1484	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 09.11.2022 2. Lesung: 25.01.2023	Ablehnung
8/1491	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der naturschutzrechtlichen Zuständigkeit zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie in Mecklenburg-Vorpommern	SPD, DIE LINKE	1. Lesung: 09.11.2022 2. Lesung: 25.01.2023	Annahme

Neuer Abgeordneter

Foto: DIE LINKE, Landesverband MV



■ **Dirk Bruhn** (DIE LINKE) aus Siedenbrünzow (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) ist seit 1. Februar Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Er rückte für Eva-Maria Kröger nach, die mit Ablauf des 31. Januar ihren Verzicht auf ihr Landtagsmandat erklärt hatte.

Der Landeswahlleiter Dr. Christian Boden hat Dirk Bruhn als Listennachfolger der Landesliste der Partei DIE LINKE bestimmt und Landtagspräsidentin Birgit Hesse darüber unterrichtet. Der 50-jährige Dirk Bruhn gehört erstmals dem Parlament an.



Die Abgeordneten werden im Hörsaal der Universitätsmedizin Greifswald (UMG) über das Langfristkonzept der beiden CCC-MV Standorte informiert.

Abgeordnete informieren sich über Krebsforschung

■ Der Finanzausschuss des Landtages hat am 23. Februar einen Informationsbesuch bei den beiden Comprehensive Cancer Center Standorten in Greifswald und Rostock durchgeführt. Aufgrund der Ansiedlung der CCC-MV (Comprehensive Cancer Center) an den Universitätsmedizinen Greifswald (UMG) und Rostock (UMR) nahmen auch Mitglieder des für die Universitäten fachlich zuständigen Wissenschafts- und Europaausschusses an diesem Termin teil.

Im Rahmen des Vor-Ort-Besuchs wollten sich die Abgeordneten einerseits das gemeinsam von beiden CCC-MV Stand-



Fotos: Landtag MV

Den Abgeordneten wird die 1-Campus-Strategie der Universitätsmedizin Rostock (UMR) vorgestellt.



Blick in den Hörsaal an der Universitätsmedizin Greifswald

orten entwickelte „Langfristkonzept 2030“ vorstellen lassen und andererseits auch einen eigenen Eindruck über die Forschungstätigkeit und die baulichen Gegebenheiten gewinnen.

An verschiedenen Stationen informierten eine Vielzahl von sehr engagierten Kolleginnen und Kollegen der UMG und der UMR die Abgeordneten über deren



Die Abgeordneten des Finanzausschusses und des Wissenschafts- und Europaausschusses, Katy Hoffmeister (r.) und Tilo Gundlack, im gemeinsamen Gespräch mit einer Vertreterin der Universitätsmedizin Rostock

Foto: Landtag MV

Forschungsansätze sowie bisher Erreichtes und weitergehende Ideen. Im Rahmen der vielfältigen Gespräche wurde deutlich, dass der Fortschritt im Kampf gegen den Krebs rasant ist. Neben einer innovativen Diagnostik führen auch moderne Therapieansätze dazu, dass Krebspatienten häufiger überleben und eine bessere Lebensqualität haben.

Die beiden CCC-MV Standorte in Rostock und Greifswald arbeiten in der Krebsforschung eng zusammen, so dass an den verschiedenen Stationen in Greifswald und Rostock jeweils Vertreter beider Standorte die Abgeordneten informierten und für mögliche Nachfragen zur Verfügung standen.

Im Rahmen eines Fallbeispiels wurde den Abgeordneten auch der Ablauf eines Tumorboards demonstriert. Diese interdisziplinäre Fallbesprechung erfolgt teilweise digital, sodass auch nicht vor Ort anwesenden Fachärzte beteiligt werden können. Dabei wurde betont, dass einheitliche Software- und Datenschutzlösungen notwendig sind, um die Tumorboards künftig im Sinne der Patienten noch weiter verbessern zu können.

Am Standort in Rostock wurden die Ausschussmitglieder abschließend noch über die 1-Campus-Strategie der UMR und die damit einhergehenden baulichen und letztlich auch finanziellen Herausforderungen bis 2035/2036 informiert.

Sondersitzung zweier Ausschüsse

Ausschüsse des Landtages tagten zu vernichteten Steuererklärungen der Klimaschutzstiftung MV

■ Am 03. März traten die Mitglieder des Finanz- sowie des Rechtsausschusses auf Antrag der Fraktionen der FDP, der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer Sondersitzung zusammen, um sich über die Vorgänge rund um die vernichteten Steuererklärungen der Klimaschutzstiftung MV sowie den erhobenen Vorwurf einer möglichen politischen Einflussnahme durch die Landesregierung informieren zu lassen.

Zu Beginn der achteinhalbstündigen Sitzung beschlossen beide beteiligten Ausschüsse die Beratung in öffentlicher Sitzung durchzuführen. Von dieser Möglichkeit der Sitzungsteilnahme haben insbesondere verschiedene Medienvertreter Gebrauch gemacht.

Im Rahmen der Beratung wurden Vertreter des Finanzministeriums, der Vorsteher des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten, Vertreter des Justizministeriums und der zuständige Oberstaatsanwalt zu dem Vorfall der vernichteten Steuererklärungen sowie dem sich in der Folge angeschlossenen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren befragt.

Bei besagten Dokumenten habe es sich insgesamt um drei Erklärungen gehandelt, die zunächst innerhalb des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten verschwunden seien. Alle Mitarbeiter des Finanzamtes hätten nach einer Suche versichern müssen, dass sich die Dokumente nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich befunden hätten. Eine Kollegin habe die Dokumente zu einem späteren Zeitpunkt in ihren Unterlagen wiedergefunden. Die Erklärungen seien zunächst „verfälscht“, also an einen anderen Vorgang angeheftet gewesen. Aus Panik und vor dem Hintergrund der abgegebenen Erklärung, dass die Dokumente sich nicht in ihrem Bereich

befänden, habe die Finanzbeamtin die Unterlagen verbrannt. Sie habe jedoch eingesehen, dass ihr Verhalten falsch gewesen sei und den Vorfall daraufhin dem Finanzamtsvorsteher gemeldet, welcher umgehend Strafanzeige gegen die Beamtin stellte. Das staatsanwaltschaftliche Verfahren ist bereits abgeschlossen.

Aus Sicht des mit dem Fall betrauten Oberstaatsanwaltes sei der Grund für das Verbrennen der Dokumente das Vertuschen eigenen Fehlverhaltens der Beamtin gewesen. Die Tat habe nicht den Zweck gehabt, eine Steueranlagung der Stiftung zu verhindern, denn die Unterlagen haben bereits als Kopie vorgelegen, was die Beamtin wusste. Der Hergang sei laut Staatsanwaltschaft plausibel, sodass es insgesamt keine Anzeichen dafür gebe, dass eine politische Einflussnahme erfolgt sei. Zu steuerlichen Auswirkungen sei es vor diesem Hintergrund nicht gekommen.

In der Sitzung wurden weitere Punkte wie zum Beispiel die steuerrechtliche Würdigung im Zusammenhang mit der Schenkungssteuer und dem Steuergeheimnis sowie auch die Kenntnisnahme und der Informationsaustausch in den betroffenen Ressorts dargelegt. Insgesamt haben in dieser Sitzung alle Fragen der Abgeordneten beantwortet werden können, so der Vorsitzende des Rechtsausschusses Michael Noetzel.



Fotos: Landtag MV

Das erste Kooperationsnetzwerk-Treffen fand im Technologiezentrum Rostock-Warnemünde statt.

#mitmischenMV „Ich misch mit, und du so?“

Auftakt für das Kooperationsnetzwerk der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“



Am 16. Januar waren mehr als 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Jugendarbeit, Politik, und Verwaltung digital und in Präsenz im Technologiezentrum von Rostock-Warnemünde zu einem ersten Treffen des Kooperationsnetzwerks erschienen, um mit dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, seinem Stellvertreter, Hannes Damm, sowie Mitarbeitenden des Sekretariats zu erörtern, wie der Kinder- und Jugendbeteiligungsprozess #mitmischenMV erfolgreich gestaltet werden kann. Das Kooperationsnetzwerk dient dazu, möglichst viele unterschiedliche Veranstaltungen im ganzen Land durchzuführen, um Perspektiven junger Menschen zusammen zu tragen.

„Empfehlungen für attraktive und umfassende Zukunftsperspektiven der jungen, nachwachsenden Generationen vorzulegen, das ist der Auftrag des Landtags an die Enquete-Kommission. Für unsere Vorschläge ist es uns sehr wichtig, ein möglichst breites Meinungsbild

der jungen Menschen in MV einzufangen. Dafür bauen wir nun den Beteiligungsprozess #mitmischenMV auf. Heute wollen wir vorstellen, was wir vorhaben und möglichst viele Partner gewinnen, die bei unserem gemeinsamen Ziel mitmischen und unterstützen“, beschreibt Christian Winter als Vorsitzender die Ziele des Beteiligungsprozesses der Enquete-Kommission. „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“.

Neben allgemeinen Informationen zu Zielen, Planungen und der Arbeitsweise der Kommission ging es in der Ideenwerkstatt vor allem um die Frage, wie junge Menschen im Land mit ihren Meinungen und Lösungsvorschlägen aktiv und authentisch in die Arbeit der Kommission einbezogen werden können.

In unterschiedlich besetzten Diskussionsrunden wurde diskutiert „Wer hat was?“, „Wer braucht was?“, „Wer kann was?“ und „Wer kennt wen?“, um eine möglichst breite und intensive Beteiligung zu erreichen. Im angeregten Aus-



Christian Winter (SPD), Vorsitzender der Enquete-Kommission

tausch wurde deutlich, dass eine große Bereitschaft besteht, die Enquete-Kommission im Rahmen des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV zu unterstützen. Neben konkreten Angeboten gab es viele nützliche Hinweise und Ideen, die das Sekretariat der Enquete-Kommission gerne aufgenommen hat.

Sichtlich zufrieden resümierte der Vorsitzende Christian Winter abschließend: „Danke an alle Teilnehmenden. Ein toller Start, der den Grundstein für ein erfolgreiches #mitmischenMV markiert hat.“

„Die letzte Grausamkeit ist das Vergessen“

Gedenkstunde im Landtag für die Opfer des Nationalsozialismus

Fotos: Danny Gohlke



Landtagspräsidentin Birgit Hesse besucht die Ausstellung „Levy. Eine Familie aus Bad Sülze“

„Jedes Zeichen von Individualität wurde uns genommen. [...] Häftlinge tätowierten uns Nummern in den linken Arm ein. Ich erhielt die Nummer 117015 – sie befindet sich heute noch auf meinem Arm. Es gab nichts mehr, was an die Vergangenheit erinnerte. Wir hatten keinen Namen mehr, sondern nur noch Nummern. Aus einem Menschen mit Namen und Ansehen war eine erniedrigte Kreatur, ein Nichts geworden.“

Es ist die Schilderung von Erich Kary. Mit seinen Worten eröffnete Birgit Hesse, Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, am Dienstag, den 24. Januar, die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.

„Die Verbrechen sind kein Traum, sondern ein Ausrufezeichen für die ganze Geschichte.“

Leon Levy, Zeitzeuge

Im Auditorium sitzen unter anderem Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Landtagsabgeordnete, Nikolaus Voss, Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern, Valeriy Bunimov, Vorsitzender der jüdischen Gemeinden in MV, sowie die Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt. Außerdem weitere Besuchende, darunter Schülerinnen und Schüler aus Schwerin.

Nur wenige Tage vor dem Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar bewahrten die Teilnehmenden die Erinnerungen an eines der größten politischen und menschlichen Verbrechen in der Weltgeschichte: Die Denunzierung, Verfolgung, Folterung und Ermordung Millionen von Menschen durch die Nationalsozialisten. Am 27. Januar 1945 waren die überlebenden Insassen des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit worden. Seit 1996 ist der Internationale Holocaust-Gedenktag hierzulande als gesetzlicher Gedenktag verankert.

„Das Nazi-Regime wütete nicht nur in den Konzentrationslagern wie Ausch-

„Die Wirklichkeit übertraf die schlimmsten Befürchtungen.“

Erich Kary, Zeitzeuge und Holocaustüberlebender



Nikolaus Voss, Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern

witz, Dachau und Buchenwald oder in großen Städten, sondern auch unmittelbar hier vor unserer Haustür“, sagte Birgit Hesse weiter.

Jüdische Geschäfte wurden boykottiert. Erwachsene denunziert, Kinder schikaniert.

Darunter auch Esther Loewy. Die junge Jüdin ist 14 Jahre alt, als in der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 Synagogen, Wohnungen und Geschäfte brannten. Menschen wurden verhaftet, misshandelt und getötet. Nikolaus Voss, Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, erzählt ihre Geschichte.

Wie sie 1941 in ein Lager bei Fürstenwalde deportiert wird. Wie sie erst nach dem Krieg von der Ermordung ihrer Eltern erfährt. Wie sie 1943 als Nummer 41948 nach Auschwitz kommt. Wie sie später im KZ Ravensbrück in unbeobachteten Momenten bei Siemens Bauteile für U-Boote falsch zusammenbaut und so sabotiert. Und wie ihr 1945 auf dem Todesmarsch die Flucht gelingt.

Esther beginnt, ihre Geschichte zu erzählen, als die NPD 1972 einen Info-

„Die letzte Grausamkeit ist das Vergessen.“

Landesrabbiner Yuriy Kadnykov



Leon Levy berichtet als Zeitzeuge von seinen Erinnerungen.

*„Es ist wichtig,
die Vergangenheit
zu kennen, um
die Zukunft zu gestalten.“*

Leon Levy, Zeitzeuge

Stand vor ihrem Laden in Hamburg aufbaut. Wie ihr ergeht es vielen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Erst Jahre später beginnt Leon Geber, sich für seine Vergangenheit zu interessieren. Der Nachkomme der Familie Levy aus Bad Sülze war zu Kriegsende 6 Jahre alt. Der Zeitzeuge berichtet gemeinsam mit Bürgermeisterin Dr. Doris Schmutzer und Kuratorin Dr. Susanne Meyer von der Levy Ausstellung. Stellvertretend für viele erzählt die Wanderschau die Familiengeschichte aus der Zeit des Nationalsozialismus in Mecklenburg. Die Ausstellung flankierte die Gedenkstunde im Landtag.

Leon Geber: „Wartet nicht so lange wie ich, eure Geschichte zu erkennen. Es ist wichtig, die Vergangenheit zu verstehen, um die Zukunft zu gestalten.“

Wie wichtig das ist, belegen bis heute jüdenfeindliche Sprüche und eine Verharmlosung des Dritten Reiches bis hin zu antisemitischen Gewalttaten, erklärt Birgit Hesse.

„Die Zeit hinterlässt ihre Spuren, jeden Tag verringert sich die Zahl der Zeitzeugen der Verbrechen durch die Nationalsozialisten. Es bleibt uns kaum Zeit, die eine oder andere Frage an die Menschen zu richten, die die Zeit persönlich erlebt haben. Die letzte Grausamkeit ist das Vergessen“, sagt Landesrabbiner Yuriy Kadnykov.



Dr. Doris Schmutzer, Bürgermeisterin Bad Sülze



Landtagspräsidentin Birgit Hesse (li.) und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (re.) machen Leon Levy auf Details im Plenarsaal aufmerksam.

Welterbe- Bewerbung eingereicht

Schweriner Residenzensembles bewirbt sich um UNESCO-Weltkulturerbe-Titel

■ Mit einem besonderen Festakt wurden am 14.12.2022 im Plenarsaal symbolisch die Bewerbungsunterlagen für die Aufnahme des Schweriner Residenzensembles in die Welterbeliste der UNESCO an das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern übergeben. Noch vor der Einreichungsfrist am 01.02.2023 erfolgte dann über die Kultusministerkonferenz die Abgabe an die UNESCO in Paris.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse (re.) und Wissenschaftsministerin Bettina Martin (li.)

Im Beisein von Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier und Landtagspräsidentin Birgit Hesse unterzeichnete Kulturministerin Bettina Martin das Bewerbungsdossier, welches im November 2022 durch die Schweriner Stadtvertretung befürwortet wurde. Während des Festaktes wurde auch der Wissenschaftliche Fachbeirat für die Welterbe-Bewerbung feierlich verabschiedet und seine langjährige Unterstützung seit 2015 gewürdigt. Der Weg bis zur Fertigstellung des jetzigen Nominierungsdossiers, das die Beschreibung des außergewöhnlichen Wertes des Schweriner Residenzensembles (OUV – Outstanding Universal Value) sowie einen Welterbe-Managementplan enthält, beginnt bereits im Jahr 2000. Viele engagierte Netzwerkpartner, vor allem der Welterbe Schwerin Förderverein e. V. und der Wissenschaftliche Fachbeirat, haben diesen komplexen Prozess begleitet:

Schwerin - Auf dem Weg zum Weltkulturerbe

22.11.2000

Öffentliche Mitgliederversammlung des Vereins Pro Schwerin e.V. zum Thema „Schweriner Schlossensemble“

28.04.2001

Beschluss der Stadtvertretung Schwerins fördert die Idee der Bewerbung

17.10.2007

Landtagsbeschluss zum „Schlossensemble Schwerin“

12.06.2014

Aufnahme in die Tentativliste der KMK als „Residenzensembles Schwerin – Kulturlandschaft des romantischen Historismus“

03.03.2015

Gründung des „Welterbe Schwerin Fördervereins e.V.“

14.07.2015

Konstituierende Sitzung des Fachbeirates Welterbe

22. - 23.10.2015

1. Schweriner Welterbe-Tagung

27.05.2016

2. Sitzung des Fachbeirates Welterbe

13. - 14.10.2016

2. Schweriner Welterbe-Tagung

24.05.2017

3. Sitzung des Fachbeirates Welterbe

05. - 07.2017

ICOMOS-Fachtagung in Schwerin (3. Welterbe-Tagung)

25.05.2018

4. Sitzung des Fachbeirates Welterbe

15. - 16.11.2018

4. Schweriner Welterbe-Tagung

05. - 06.11.2019

5. Schweriner Welterbe-Tagung

2018-2020

Arbeiten am Nominierungsdossier

2020

Einrichtung der Stabsstelle

Koordination Weltkulturerbe

Fortschreibung des

Nominierungsdossiers

2021-2022

Erarbeitung des Managementplans

ab März 2022

Englische Übersetzung

des Dossiers und Managementplans

09. - 12.2022

Abgabe Vorprüfung

(Completeness Check)

Einarbeitung der UNESCO-Hinweise

11.2022

Beschluss durch die Schweriner

Stadtvertreter

12.2022

Drucklegung des Dossiers

01. 2023

Abgabe bei der UNESCO in Paris

04.-10.2023

Monitoring durch ICOMOS Deutsch-

land als Beratungsgremium für das

Welterbekomitee der UNESCO

Sommer 2024

Sitzung des UNESCO Kommission -

Entscheidung

Kriterien Welterbe

Die Bewerbung des Schweriner Residenzensembles stützt sich auf die Erfüllung von zwei wesentlichen Kriterien: Um in die Welterbe-Liste aufgenommen zu werden muss eine Stätte...

Kriterium (iii) „Zeugnis“

ein einzigartiges oder zumindest außergewöhnliches Zeugnis einer kulturellen Tradition oder einer bestehenden oder untergegangenen Kultur darstellen

- hervorragend erhaltenes Residenzenensemble als Zeugnis der Monarchie
- Ausstattungsmerkmale und Heraldik als Beleg der Monarchie
- Rekurs auf historische Stilformen und Symbole als Herrschaftslegitimation

Kriterium (iv) „Typologie“

ein hervorragendes Beispiel eines Typus von Gebäuden, architektonischen

oder technologischen Ensembles oder Landschaften darstellen, die einen oder mehrere bedeutsame Abschnitte der Menschheitsgeschichte versinnbildlichen

- quantitativ und qualitativ hervorragend erhaltenes Residenzenensemble
- herausragender Residenzschlossbau des Historismus
- Inszenierung von Schloss und Residenzenensemble in der Landschaft
- Kontinuierliche Entwicklung des Residenzensembles bis in die frühe Moderne

Während der Veranstaltung wurde auch erstmalig das neue Logo und Corporate Identity-Konzept durch den Oberbürgermeister vorgestellt.

TAG DER OFFENEN TÜR im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sonntag, 25. Juni 2023 , Eröffnung um 10:00 Uhr
(letzter Einlass 16:30 Uhr)

www.landtag-mv.de



BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Plenarsaal, Büro der Landtagspräsidentin und weitere besondere Räume des Schweriner Schlosses besichtigen +++ mit Abgeordneten diskutieren +++ die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++ Fraktionen und die Ausschüsse besuchen +++ den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit treffen +++ WIR-Vielfaltsmeile +++ das Schlossmuseum erleben +++ die Schlosskirche besichtigen +++ für musikalische Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Entdecken Sie das Schweriner Schloss und den Burggarten als Teil des „Residenzensemble Schwerin“ für die Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Bereits am Sonnabend lädt der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e. V. beim Historischen Schlossfest zur Zeitreise in das 19. Jahrhundert ein, als das Schloss noch Sitz der mecklenburgischen Großherzöge war.



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Landtag MV



- ▶ *Toleranz, Weltoffenheit, Miteinander – für all das und noch vieles Gutes mehr stehen die mehr als 40 Vereine und Initiativen, die sich am 25. Februar 2023 im Schweriner Schlossparkcenter präsentierten. Landtagspräsidentin Birgit Hesse eröffnete den Aktionstag von „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ und betonte: „Wir sind alle gleich, egal, welches Geschlecht, welche Herkunft oder welchen Glauben wir haben. Mecklenburg-Vorpommern ist bunt, und dafür müssen wir jeden Tag aufs Neue einstehen und uns einsetzen.“ Auch der Landtag war mit einem Stand vor Ort, um mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch zu kommen und über den Landtag zu informieren. Gemeinsam mit Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier besuchte die Landtagspräsidentin auch andere Vereine, unter anderem den Boxclub Traktor Schwerin.*

Foto: Bernd Schädte



- ▶ *Vom 22. bis 23. Januar nahm Beate Schlupp, Erste Vizepräsidentin des Landtages, an der Europa-Konferenz der Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten in Brüssel teil. Die Landtagspräsidentenkonferenz dient der Koordinierung von Interessen regionaler Parlamente und kommt regelmäßig zusammen, um über gemeinsame Herausforderungen zu diskutieren. Neben den deutschen Landtagen sind auch die Landtage von Österreich und Südtirol sowie das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens auf der Konferenz vertreten. Unter dem Vorsitz des Landtages von Nordrhein-Westfalen verabschiedete die Konferenz eine gemeinsame Erklärung zur EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens. Darin begrüßen und unterstützen die Präsidentinnen und Präsidenten die durch die Europäische Kommission erarbeitete Strategie und bekräftigen, dass „nur eine EU ohne Antisemitismus den europäischen Grundwerten gerecht werden kann“. Bei der Umsetzung europäisch koordinierter Maßnahmen komme Regionalparlamenten eine zentrale Rolle, zu. Ein Schwerpunkt hierbei sei die Pflege einer nachhaltigen Erinnerung an die Shoah. Schließlich befürwortet die Erklärung eine weitere Stärkung des Engagements von Regionalparlamenten bei der Förderung des jüdischen Lebens, der Antisemitismusprävention und der Bewahrung einer lebendigen Erinnerungs- und Gedankenkultur.*

Foto: Landtag MV



- ▶ *Am 8. Dezember 2022 bemusterten Landtagsdirektor Armin Tebben und Mitarbeitende der Landtagsverwaltung die abgehängte Decke für den künftigen Konferenzbereich im Burgseeflügel. Bemustert wurden das Metallgewebe sowie die in die Decke integrierte Beleuchtung. Landtagsdirektor Armin Tebben (Mitte) hatte so die Gelegenheit einen Eindruck von der künftigen Decke zu erhalten. Für die beauftragten Architekten und Fachplaner war es wichtig, ihre Entwürfe am Modell zu prüfen und die optische Wirkung und Funktionalität zu testen. Die Haustechniker des Landtages konnten ausprobieren, ob die geplante Decke wartungsfreundlich konstruiert ist. Die aus der Bemusterung resultierenden Anpassungswünsche werden in die Planung integriert, bevor die Ausschreibung veröffentlicht wird.*